TATblatt +219

CBL | Cross Border Leasing
Die Hoffnung stirbt zuletzt

Rassismus | Gesetze
Zur Union der Lagerländer

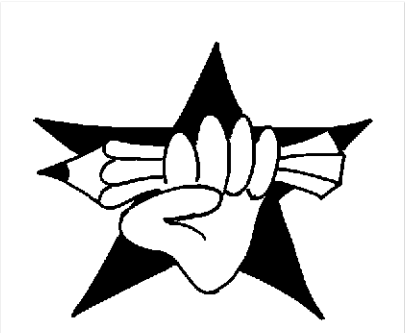
Repression | Sandra Bakutz
In der Türkei inhaftierte wieder frei!

April 2005

EUR 1,40

In dieser Ausgabe ...

03 Sandra Bakutz ist frei
04 ÖVP ehrt Antisemiten
05 NS-Täter Gross: juristisch entsorgt
06 "Neue Ordnung" an der Boku
08 BNR, DÖW über den Stocker-Verlag
09 Kurzmeldungen
10 Schöne neue Sicherheit
12 Überwachung in Kürze
13-16 Freiräume Spezial RäumungSchluss, EKH, Besetzungen
17 OTS + Filmkritik: Operation Spring
18 Sicher: Rassistische Gesetzgebung
20 Jagd, du holde Kunst
22-25 Schwerpunkt: Cross Border Leasing (CBL)
26 Rezension: Die Kinder der Welt
27 Termine in Kürze
28 at.indymedia.org trifft sich



Auf dem Weg zur Zweitageszeitung

1998 wollten wir eine Zweitageszeitung gründen, um endlich ein offenes, linkes Medium für aktuelle Berichterstattung zu politischen Ereignissen bieten zu können. Um in politische und gesellschaftliche Entwicklungen unmittelbarer intervenieren zu können. Von Internet und ähnlich neumodischem Kram haben nicht nur wir damals noch nie was gehört. Radio und Fernsehen waren fest in öffentlich-rechtlichen Monopolhänden.

Der Bedarf war da, unsere Möglichkeiten allerdings begrenzt. Rausgekommen ist vorerst eine 14-Tages-Zeitschrift: das TATblatt, das sich aber weiterentwickeln sollte, und dies auch tat.

Die Medienlandschaft, die Möglichkeiten, jenseits traditioneller Massenkommunikationswege Aufmerksamkeit zu gewinnen, haben sich seitdem stark verändert. Das TATblatt hat auf diese Veränderungen bislang wenig reagiert.

Vieles, was früher nur über das TATblatt funktionierte, läuft heute über andere Kanäle. Oft sogar besser, schneller, offener.

Die Notwendigkeit von Zeitschriften für die politische Kommunikation ist nach wie vor gegeben. Ihre Aufgaben haben sich aber verändert.

Das TATblatt war immer als sich entwickelndes Projekt gedacht. Unangenehmerweise können wir uns noch nicht auf die Richtung der künftigen Entwicklungen einigen. Versprechen können wir daher vorerst nur spannende Monate für uns und euch. Mal sehen, was rauskommt.

TATblatt, Fraktion 42

Anatolien Radio

Am 7. April wird Sandra ihre wöchentliche Sendung "Anatolien Radio" wieder aufnehmen. Anklagen wie jene gegen Sandra gibt es in der Türkei zuhauf. Ohne eine vergleichbare Unterstützung - Presse, ReporterInnen ohne Grenzen, die JournalistInnenorganisation IPI u.v.a. - nehmen diese zumeist einen weniger erfolgreichen Verlauf. Bleibt also noch viel zu berichten. Jeden Donnerstag um 19.30 auf ORANGE94.0. >>>o94.at

Sandra Bakutz ist frei

In der Türkei inhaftierte ORANGE94.0-Redakteurin zurück in Wien

Am Donnerstag, 31. März, kehrte Sandra zurück nach Wien. Der erste Prozesstag am 30. März endete mit einer Vertagung und der Feststellung, dass keine Verdunkelungsgefahr und daher kein weiterer U-Haft-Grund vorliege.

TATblatt Aussendungen der RechtsanwältInnen

Bekanntlich war Sandra am 10. Februar in Istanbul festgenommen worden, als sie einen Prozess gegen politische Gefangene besuchen wollte, um darüber zu berichten. Wie sich herausstellte, wurde Sandra vorgeworfen, Unterstützerin einer terroristischen Organisation, konkret der DHKP-C, zu sein. Die Anklage stützte sich dabei auf zwei Indizien:

Am 28. 11. 2000 soll Sandra anlässlich des Besuches des türkischen Außenministers im Plenarsaal des Europäischen Parlamentes gemeinsam mit zwei Mitgliedern der DHKP-C Parolen gegen den Minister gerufen haben. Sandra bestreitet dies. Zum fraglichen Zeitpunkt habe sie nachweislich die Abgeordnete Morgantini getroffen. Als sogenannter Beweis dient der türkischen Justiz ein Artikel in der Tageszeitung Hürriyet sowie die darin veröffentlichten Fotos. Darauf ist der Hinterkopf einer Frau zu erkennen, die Sandra aber nicht im geringsten ähnlich sieht.

Noch haarstreubender der zweite "Beweis" ihrer Terrorunterstützung: Sandra soll in Brüssel an einer Pressekonferenz eines Unterstützungskomitees für einen Häftling, der sich in Isolationshaft befunden hat, teilgenommen haben.

Der Prozess

Die aus Wien angereiste Anwältin Gabriele Vana-Kowarzik berichtet:

"*Der Prozess gegen Sandra Bakutz findet im 11. Strafgericht für Schwere Vergehen statt, dem früheren Staatssicherheitsgericht. Vor dem Gerichtssaal befinden sich Militärs mit Maschinenpistolen, im Gerichtssaal eine hohe Polizeipräsenz.*

Türkischen ZuhörerInnen wird der Zutritt zum Verhandlungssaal verweigert, lediglich die ProzessbeobachterInnen (Presse, Botschaft, ReporterInnen ohne Grenzen, FreundInnen aus Wien, ...) dürfen diesem zuhören. Die Anklage stützt sich nach wie vor lediglich auf einen Zeitungsartikel der Hürriyet, eine Anfrage bei Interpol sowie deren Auskunft befindet sich nicht im Akt. Sandra Bakutz hält ihre Verteidigungsrede, verneint auf nochmalige Nachfrage des vorsitzenden Richters, dass sie die auf dem Foto dargestellte Person ist. Nach der Verteidigungsrede von RA Selcok Kozagacli beantragt der Staatsanwalt die Beischaffung des Originalfotos der Zeitschrift Hürriyet sowie die Beischaffung des Aktes der Interpol. Dies, nachdem das Hafturteil im Jahr 2001 (!) erlassen wurde. Ich habe den Eindruck, dass die Staatsanwaltschaft keinerlei Beweise hatte und diese erst jetzt sammeln muss. Nach kurzer Beratung fasst der Dreirichtersenat den Beschluss, die Verhandlung zu vertagen und die Beweise beizuschaffen sowie von Sandra Bakutz Fotos anzufertigen, um diese mit den Originalfotos der Zeitschrift zu vergleichen. Sandra Bakutz wird nach Anfertigung der Fotos enthaftet.
Um ca 18.30 haben sich ca 40 Personen beim Gefängnis eingefunden, um Sandra Bakutz abzuholen, türkische FreundInnen haben eine kleine Feier vorbereitet. Um 20 Uhr verlässt ein Auto mit Sandra Bakutz das Gefängnis. Niemand weiß, wohin sie gebracht wird. Eine Anfrage bei der österreichischen Botschaft bringt kein Ergebnis. Erst um ca. 22 Uhr erfahre ich, dass Sandra Bakutz zur Fremdenpolizei verbracht wurde. Ein Versuch, Sandra Bakutz bei der Fremdenpolizei selbst sprechen zu können, scheitert.

Ich gewinne den Eindruck, dass verhindert werden soll, dass Sandra Bakutz zu ihrer Verhaftung und ihrer Haft in der Türkei bei JournalistInnen Stellung beziehen soll - eine andere Form der Verhinderung von Meinungsfreiheit. Nach meiner Ankunft in Wien erfahre ich, dass Sandra Bakutz um 14.15 mit der Austrian Airlines die Türkei verlassen muss. Sandra Bakutz wäre gerne noch ein bis zwei Tage geblieben, um sich bei jenen Personen in der Türkei, die sie während ihrer Haft unterstützt haben, zu bedanken. Diese Gelegenheit wurde ihr genommen." ◆

Die ÖVP ehrt Leistungen im Namen des antisemitischen Katholizismus

Namensgeber Kunschak forderte bereits 1920 KZ für JüdInnen

Den Geburtstag des Namensgebers am 11. März nahm die ÖVP zum Anlass, im Rahmen einer Feier im Parlament die heurigen "Leopold-Kunschak-Preise" zu verleihen. Kunschak, angeblich bedeutender Sozialpolitiker der ersten Republik, genießt nach Dollfuß die höchste Verehrung in der ÖVP. Nach ihm ist sogar ein Sitzungssaal im Parlament benannt.

TATblatt

Tatsächlich Bedeutung hat Kunschak jedoch nicht als Sozialpolitiker erlangt (Sozialpolitik wurde in der ersten Republik auf der Straße erkämpft und später - zur Beruhigung der Massen - von den SozialdemokratInnen umgesetzt), sondern als vehementer Antisemit. Kunschak hatte im Jahr 1920 als Parteiobmann der Christlichsozialen (und damit der Vorläuferorganisation der ÖVP) und beliebter Festredner auf katholischen Versammlungen gefordert, "die Juden vor die Wahl (zu) stellen, entweder freiwillig auszuwandern oder aber in ein Konzentrationslager gesteckt zu werden." Ein von Kunschak angeregter Gesetzesentwurf, der als Vorläufer der "Nürnberger Rassengesetze" gilt, verschwand auf Anraten einiger christlichsozialer Würdenträger in der Schublade.

Nun,... Das Wort Konzentrationslager hatte vor dem Aufstieg des Nationalsozialismus eine andere Bedeutung als nach 1945, in dem zahlreiche austrofaschistische Politiker (zu denen Kunschak jedoch nicht in erster Linie zu zählen ist, da er vor 1933 mehrmals vor der Abschaffung der Demokratie gewarnt hat) "im Geist der Lagerstraße" zurückgekehrt sind. Auch Leopold Kunschak kehrte aus dem Konzentrationslager zurück und forderte das Zusammenstehen ehemaliger Gegner. Doch nicht alle seine GegnerInnen fielen unter das Zusammenhalte-Gebot. Auf einer Demonstration gegen jüdische "displaced persons" am 7. Dezember 1945 formulierte Kunschak, er sei "immer schon Antisemit gewesen und werde es auch bleiben." In Österreich hätten weder einheimische noch fremde Juden etwas zu suchen.

Dennoch - oder vielleicht gerade deshalb - wurde Kunschak Nationalratspräsident des ersten gewählten Parlaments der II. Republik. Er - definitiv kein Nazi - gilt als zentraler Repräsentant des politischen Katholizismus in Österreich. Eines Katholizismus, der stets rückwärtsgerichtet, antiliberal und antisemitisch war. Ganz besonders auffallend ist es daher, wenn der Präsident des Kunschak-Preis-Kommitees, Werner Fasslabend, die Preisträger Norbert Blüm und Bischof Kapelari als "zwei herausragende Zeugen der katholischen Soziallehre in Theorie und Praxis" bezeichnet. Es mag vielen PreisträgerInnen - vor allem Studierenden - nicht bewusst sein, unter wessen Namen sie da geehrt werden, Herrn Kapellari aber ist es mit Sicherheit bewusst...

◆

Auf einer Demonstration gegen jüdische "displaced persons" am 7. Dezember 1945 formulierte Kunschak, er sei "immer schon Antisemit gewesen und werde es auch bleiben." In Österreich hätten weder einheimische noch fremde Juden etwas zu suchen.

NS-Täter Gross
juristisch entsorgt

Die Justiz hat das Problem des NS-Täters Heinrich Gross, nach 1945 meistbeschäftigter Gerichtsgutachter Österreichs erfolgreich ausgesessen. Gross ist nun nach einem neuerlichen Gutachten eines Sachverständigen "fortschreitend dement" und endgültig verhandlungsunfähig. Auf eine Anfragebeantwortung des Abgeordneten Öllinger antwortete die Justizministerin, daß das Verfahren gegen Gross eingestellt ist.

TATblatt

Seit 1951 hat die österreichische Justiz des an den Euthanasiemorden der Anstalt "Am Spiegelgrund" beteiligten Nazikarieristen verschleppt. Ein letzter Anlauf wurde in der Ära von Justizminister Michalek vor fünf Jahren genommen. Das war sicherlich kein Zufall, denn Michalek war zuvor Notar und parteifrei, kam also nicht aus der traditionellen Seilschaft aus RichterInnen, StaatsanwältInnen und JustizbeamtInnen, die Gross befördert hatten. Im Jahr 2000 kam genau eine Verhandlung zustande, und diese erst durch eine Weisung von Michalek an die Staatsanwaltschaft Wien, die ansonsten das Verfahren schon damals erneut eingestellt hätte. Seitdem ist Gross offiziell dement und verhandlungsunfähig. Zuletzt wurde im Dezember 2003 ein Gutachten über Gross eingeholt, seitdem schlummerte der Akt wie die Jahrzehnte zuvor.
Die Anfragebeantwortung des Justizministeriums nimmt es in einem Punkt sehr genau. Wie schon in einer früheren Beantwortung über die Verfahren der Nachkriegszeit wird der Name durch "G." anonymisiert. Nun ist es zwar Rechtslage, daß grundsätzlich das Recht auf Schutz der Person besteht (eine Spätfolge der Berichte der Kronen Zeitung über die Krankenschwestern, die in Lainz gemordet hatten), daß das aber nicht in Fällen von öffentlichem Interesse gilt. In der früheren Anfrage hatte das Justizministerium sogar die bereits wissenschaftlich aufgearbeiteten Fälle des nach 1945 wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit hingerichteten Anstaltsleiters Illing und die Krankenschwester Anna Katschenka als Mittäterin, sowie zahlreiche weitere Beteiligte anonymisiert. Beim Schutz von NazitäterInnen ist sie konsequent, die österreichische Justiz.

◆

Arbeitslager für Juden in St. Pölten nachgewiesen

Durch Forschungen im Zentralarchiv der Geschichte des Jüdischen Volkes in Israel ist Eleonore Lappin, Historikerin des Institutes für Geschichte der Juden in Österreich, auf Dokumente gestoßen, die die Existenz eines Arbeitslagers für ungarische Juden in der Viehofener Au in St. Pölten beweisen.
Ab 2. Juli 1944 wurden 126 ungarische Juden in diesem Lager untergebracht.

Rozsi Wolf, Überlebende des Lagers: "*Ich war mit meinen Eltern gemeinsam in Viehofen. Zusammengepfercht in einer Holzbaracke, in der Mitte eines Waldes. Von dort gingen wir auf zwei Holzbrettern ohne Geländer über den Fluß Traisen. Dann verluden wir Schienen, hackten mit Pickeln und verlegten Rasenziegel. Die vielen traurigen Erinnerungen sind in mir lebendig*".

Im Archiv der städtischen Friedhofsverwaltung St. Pölten fanden sich die Totenscheine von sechs Lagerinsassen, die im Zeitraum zwischen 22. September 1944 und 5. März 1945 in der Viehofener Au starben.
Da dies jedoch die einzigen Fakten sind, die vom Arbeitslager in der Viehofener Au heute bekannt sind, werden ZeitzeugInnen gesucht.

Sie können sich unter der Telefonnummer:
02742/333-2813
an das St. Pöltner Rathaus (Mag. Manfred Wieninger) wenden.

Geklärt werden muss zudem auch noch der genaue Standort des Arbeitslagers.

◆

"Neue Ordnung" an der Boku

Mehr durch einen Zufall als durch gezielte Recherche entwickelte sich folgender Beitrag, der den Umgang österreichischer Universitäten mit rechtsextremen Publikationen und Verlagen dokumentiert. Bei einem Besuch der Zeitschriftenabteilung der Universität für Bodenkultur fiel auf, daß außer der Zeitschrift "Neue Ordnung" keine weitere politische Zeitschrift aufgelegt ist, also auch nicht etwa Profil oder News, vom TATblatt ganz zu schweigen.

TATblatt

Das weitere entwickelte sich wie erwartet. Zunächst Schweigen. Dann, nach Verbreitung der Information an das Ministerium und die ÖH, die Stellungnahme, daß doch alles in Ordnung ist.

Die Boku hat nicht das erste Mal Probleme mit ihrer mangelnden Distanz zu Rechten. Zunächst wurde schon 1923 erstmals geprüft, ob nicht jüdische Studierende durch einen Numerus Clausus eingeschränkt werden könnten. Das wurde mit Bedauern verneint, aber "das Professorenkollegium wird ... nach wie vor die Gefahr der Schädigung des deutschen Charakters an der Hochschule für Bodenkultur unentwegt im Auge behalten". Mit fortschreitenden Jahren wurden Juden offen terrorisiert, lange vor 1938. 1931 waren 70% aller Studierenden der Boku in Naziorganisationen erfaßt, davon 11% in der SS und 36% in der SA. Vom Ständestaat wurde gleich ein Dutzend Professoren und Dozenten wegen Betätigung in der illegalen NSDAP entlassen.

1938 ging es Schlag auf Schlag und die jüdischen Professoren wurden deportiert, zum größten Teil umgebracht. Die Nazis wurden wieder eingestellt, zum Teil nach 1945 zeitweise wieder entlassen, dann aber bald "entnazifiziert".
1939 bediente sich die Boku am arisierten Vermögen von Hanny Strauss und verleibte sich die Gärtnerei in der Krottenbachstraße im 19. Bezirk als Universitätsfläche samt Glashäusern ein. 1941 wurde das ebenfalls arisierte Gut Falkenhof im 22. Bezirk übernommen.
Zwar wurden 1945 23 von 27 Professoren im Zuge der Entnazifizierung ihres Amtes enthoben, jedoch wurden sie teils schon bald wieder zugelassen. Der letzte Rektor der Nazizeit, Leo Tschermak, ließ kurz vor Kriegsende eine Kriegerehrungstafel montieren, die noch 40 Jahre später auf der Boku hing. Diese trug einen Spruch aus "Mein Kampf". Mitte der 80er Jahre forderte die ÖH ein Abmontieren der Tafel, wogegen sich die Professorenschaft vehement wehrte. In Diskussionen wurden den Studierenden "Bücherverbrennung", "Geschichtsfälschung" und "mangelnde Achtung vor dem Tod der Soldaten" vorgeworfen. Als Folge entstand eine Broschüre "Verdrängte Geschichte?", die letztlich den Ausschlag zur Demontage der Tafel brachte.

"Als objektive und liberale Lehr- und Forschungsinstitution tolerieren wir selbstverständlich andere Meinungen und damit ihre Wertung der Zeitschrift "Neue Ordnung", meint der Bibliotheksdirektor einer Institution mit tiefbrauner Vergangenheit. Danke vielmals für die Gnade. Vor 1945 wäre das anders gewesen.

◆

"Solange Deutsche leben,
werden sie bedenken,
daß dies einst Söhne ihres
Volkes waren."

aus Hitlers Mein Kampf,
Inschrift einer Gedenktafel,
die bis in die 80er Jahre
an der Boku hing.

siehe dazu auch die Zusammenstellung unseres Briefverkehrs mit der BOKU auf der nächsten Seite und gesammelte Beiträge des DÖW über den Stocker-Verlag auf der übernächsten Seite

Unsere sorgfältige Recherche bei der Bibliothek im Originaltext:

From: TATblatt, Subject: Zeitschrift Neue Ordnung, Date: 2005-02-16 22:02:11
To: ub.information@boku.ac.at, Cc: bdr@boku.ac.at, office@doew.at

An die Universitätsbibliothek Bodenkultur, Peter Jordan-Str. 82, 1190 Wien

Sehr geehrte Damen und Herren!
Inmitten allerlei naturwissenschaftlicher Zeitschriften liegt, relativ einsam als einzige Zeitschrift mit allgemeinpolitischem Inhalt, im Zeitschriftenlesesaal der Universität für Bodenkultur die "Neue Ordnung" auf.
Diese ist eindeutig dem rechtsextremistischen Spektrum zuzuordnen, ebenso wie der Hersteller, der Leopold-Stocker-Verlag.
Anknüpfend daran erlauben wir uns folgende Fragen:

In welchem Zusammenhang steht der Zweck der Universität für Bodenkultur bzw. auch deren Lehr- und Bildungsauftrag mit dem Inhalt dieser Zeitung und deren Verbreitung?

Weshalb werden Mittel der Bibliothek gezielt für diese Zeitschrift eingesetzt, welche Ankaufspolitik wird damit verfolgt?

In welchem Nahverhältnis zu rechtsextremistischen Kreisen befindet sich die Leitung der Bibliothek, gegebenenfalls auch das Rektorat angesichts dieser etwas seltsamen Auswahl der Bibliotheksliteratur?

Wir erwarten mit Interesse Ihre Stellungnahme, die in unsere Berichterstattung Eingang finden wird.
Mit vorzüglicher Hochachtung

****

An die Pressestelle BMBWK, Herrn Wolfgang Fingernagel
Wolfgang.fingernagel@bmbwk.gv.at, wissenschaft@bmbwk.gv.at (Universitäten, Fachhochschulen)

Sehr geehrter Herr Fingernagel,
wir haben vor einiger Zeit eine Anfrage an die Bibliothek der Universität für Bodenkultur gestellt, weshalb sie dort die "Neue Ordnung" im Zeitschriftenlesesaal auflegen und wozu die Bibliothek diese überhaupt kauft. Eine Kopie ging an das Rektorat. Unser Schreiben wurde souverän ignoriert.

Antifaschismus sollte eigentlich eine grundlegende Haltung einer öffentlichen Bildungseinrichtung in einer Demokratie sein. Dem Rektorat scheint das aber egal zu sein, wenn sich in der Bibliothek rechte Gesinnungsfreunde herumtreiben.
Mit freundlichen Grüßen

****

From: "Pollak Romana" <romana.pollak@boku.ac.at>
Subject: Zeitschrift "Neue Ordnung"
Date: 2005-03-11 16:23:14
To: TATblatt@blackbox.net

Wien, 11.3.2005

zu Ihrem Schreiben vom 16.2.2005 darf grundsätzlich bemerkt werden, dass es nicht Aufgabe einer Universität sein kann, Fachzeitschriften bzw. Publikationen, die uneingeschränkt verfügbar sind, auf ihre politische Gesinnung zu prüfen.

Für die Universität für Bodenkultur sind auf Grund ihres Portfolios generell alle Publikationsorgane, die sich mit Themen zu Landökosystemen beschäftigen, von Interesse. Speziell der Stocker- Verlag behandelt gerade in diesem Kontext eine Reihe von Themen aus den Bereichen Land- und Forstwirtschaft, Ökotrophologie, Jagd, Umwelt, etc., die für unser Haus von Interesse sind. Dies wird auch dadurch deutlich, dass der BOKU nahe stehende oder auch Angehörige der BOKU im Stocker-Verlag publizieren:

Riegler, J.: Die Bauern nicht dem Weltmarkt opfern! (1999); Ökosoziale Marktwirtschaft (1996);
Holzner, W.: Ackerunkräuter - Bestimmungen, Verbreitung, Biologie und Ökologie (1981);
Pieber, Weiss et al.: Obstbau - Anbau und Verarbeitung (1991);
Redl, Ruckenbauer et al.: Weinbau heute (1996);
Trzesniowski, A. et at.: Zeitgemäße Waldwirtschaft (1996);
Welan, M.: Von Figl bis Fischler (2004)

Als objektive und liberale Lehr- und Forschungsinstitution tolerieren wir selbstverständlich andere Meinungen und damit ihre Wertung der Zeitschrift "Neue Ordnung", möchten aber klar herausstellen, dass dieses Elaborat bei uns aufgrund verschiedener interessanter Fachartikel aufliegt.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Werner Hainz-Sator, Bibliotheksdirektor
Universitätsbibliothek Bodenkultur, Peter Jordan-Strasse 82, A-1190 Wien
Tel. (+43 1) 47654-2050, FAX (+43 1) 47654-2092
http://www.boku.ac.at/bib.html, e-mail: ub.sekretariat@boku.ac.at

Material zum Artikel auf den vorigen 2 Seiten:

Beiträge des DÖW über den Stocker-Verlag

Umpolung der Neuen Ordnung

Die vom Grazer Leopold Stocker Verlag herausgegebene Vierteljahreszeitschrift Neue Ordnung (NO) wandelte sich in den letzten Jahren von einem rechtskonservativen Blatt zu einem zentralen Organ der Brückenbauer zum Rechtsextremismus. Darin tritt die NO offenbar das Erbe der Aula an: Das ebenfalls in Graz erscheinende "freiheitliche Magazin" verlor mit seiner Radikalisierung ab Mitte der 90-er Jahre diese Brückenfunktion.

Neue Ordnung feiert Antisemiten

Das DÖW hat in einer Stellungnahme zum Verlag und der dort erscheinenden Zeitschrift Neue Ordnung (NO) die politische Ausrichtung des Unternehmens charakterisiert. Mit einem Jubelartikel über den rumänischen Faschistenführer Corneliu Z. Codreanu (1899-1938) in der aktuellen Ausgabe der NO (2/2004, S. 20 ff.) liefert der Herausgeber und Verlagsleiter Wolfgang Dvorak-Stocker nun ein weiteres Argument für die Aberkennung des Landeswappens. Codreanu, politisch sozialisiert in der antisemitischen Liga zur National-Christlichen Abwehr, gründete 1927 die terroristische Legion Erzengel Michael, die 1930 in Eiserne Garde umbenannt wurde. Gardisten steckten in Bukarest Synagogen in Brand, plünderten Geschäfte und Wohnungen und massakrierten an die 1000 Juden und Jüdinnen. Nach der Niederschlagung des Putschversuches rettete die deutsche Gesandtschaft die Führer der Eisernen Garde und brachte 300 von ihnen nach Deutschland in Sicherheit. Nach dem Sturz des Regimes Antonescu im August 1944 bildeten Mitglieder der Eisernen Garde in Wien eine nationalsozialistische Exilregierung. Erwartungsgemäß schweigt sich die Redaktion der NO über diese Fakten weitgehend aus. Den militanten Antisemitismus der Legionäre und Gardisten entschuldigt man mit dem Verweis auf "die Vorkommnisse in Sowjetrussland und die Tatsache, dass auch in Rumänien die kommunistische Bewegung viele jüdische Führer hatte".

Stellungnahme des DÖW zum Leopold Stocker Verlag

Der Grazer Leopold Stocker Verlag weist mehrere Berührungspunkte zum Rechtsextremismus auf. Diese ergeben sich neben der Verlagsgeschichte einerseits aus den Verlagsprogrammen und dem Buchversand Bücherquelle, die Werke rechtsextremistischer und "revisionistischer" Autoren beinhalten, andererseits aus den Kontakten der ehemaligen Verlagsinhaberin Ilse Dvorak Stocker und des jetzigen Verlagsinhabers Wolfgang Dvorak-Stocker zur rechtsextremen Szene.

◆

Hakenkreuze an Gartenzäunen

Im März wurden in Wilfleinsdorf, NÖ, Nazi-Parolen geschmiert. Es handelte sich um ausländerInnenfeindliche Parolen und Hakenkreuze. Hinweise auf die TäterInnen gibt es keine, außer dass wegen der Art der Symbole und Schriftzüge davon ausgegangen werden kann, dass die TäterInnen vermutlich Jugendliche aus dem Ort sind. Die Gendarmerie vermutet, dass "dieser Tat keine politischen Motive zugrunde liegen."

Männerturnverein MTV/ÖTB in Klosterneuburg

Der Sprecher der Bürgerlisten in Klosterneuburg, Thomas Herrmann-Meng, brachte etwas Leben in die bürgerliche Beschaulichkeit des Nobelortes: Der Klosterneuburger Männerturnverein MTV/ÖTB sei eine Vorfeldorganisation des Rechtsextremismus, meint er.
Die rechten Recken konterten: "Die Anschuldigungen sind völlig haltlos". Der MTV prüfte sogar rechtliche Schritte gegen Herrmann-Meng. Klagen wird der Turnverein aber nicht. Die Grünen klagen schon, und zwar wegen Verleumdung und übler Nachrede. Meng hatte den Gemeinderat der Grünen, Erich Wonka, als langverdienten Funktionär des MTV bezeichnet und damit indirekt unterstellt, dass dieser eine Vorfeldorganisation des Rechtsextremismus unterstützt. Grün-Stadtrat Wimmer stellte klar: "Kollege Wonka war niemals Funktionär des MTV. Er hat nur etwa ein Jahr lang eine Leichtathletik-Gruppe trainiert". Was auch der MTV nun bestätigt: Im Sinne der Vereinsstatuten war Wonka nie Funktionär. Der MTV ist ein Klosterneuburger Verein und gehört den beiden Dachverbänden ASVÖ (Allgemeiner Sportverband Österreichs) und ÖTB (Österreichischer Turnerbund) an. Der ÖTB scheint im Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus des DÖW auf. Die Niederösterreichischen Nachrichten fragten beim DÖW nach, ob auch der MTV zu den bedenklichen Vereinen zählt: "Nein. Über den MTV liegt bei uns überhaupt nichts vor".
Der Obmann des MTV, Wolfgang Fuchs: "Wir distanzieren uns auf das Schärfste von allen rechtsextremen Bestrebungen. Wäre der ÖTB rechtsextrem, hätten wir uns schon längst abgespalten".
Helmut Fuchs, Vater von Wolfgang und Vize-Obmann des MTV, war selbst fünf Jahre lang Obmann-Stellvertreter des ÖTB-Wien: "Das ist ein reiner Sportverein ohne politische Ambitionen".
Beide: "Nur durch den ÖTB kann der MTV große Turnfeste - wie das kommende zum 120-jährigen Bestehen des Männerturnvereins - veanstalten. Fällt die Finanzspritze durch den ÖTB weg, sind unsere Turnfeste dann Geschichte".

◆

in Kürze

Desaster: SPÖ im Garagen-Krampf

Die SPÖ-Margareten in Wien hat mit ihren miesen Methoden, von der BI Bacherpark rechtlich unwidersprochen als Schiebung bezeichnet, vorerst den Kürzeren gezogen. Anfang des Jahres glaubte sie sich noch am längeren Ast, die "Volksgarage" am Bacherpark durchgedrückt zu haben. Damals wurde, nachdem die AnrainerInnen durch einen bürokratischen Trick ihrer Parteienstellung im Verfahren beraubt wurden, über ORF verlautbart, daß Baubeginn sei. Am Bacherpark passierte nichts, keine Baumaschine, einfach nichts.

Im März stand nun fest, daß das Verfahren gekippt ist. Erstens gibt es 190 beim Magistrat eingereichte Einsprüche, die nach den zahlreichen Verfahrensmanipulationen vermutlich vor Höchstgerichten enden werden. Zweitens schob die BI eine Studie des Instituts für Verkehrsplanung der TU Wien nach, die die Stellplatzerhebung, eine fundamentale Grundlage des Behördenverfahrens, als "in hohem Maß manipulativ und offensichtlich politisch begründet" bezeichnete.

Bezirksvorsteher Wimmer ist politisch seitdem auf Tauchstation. Von seiner Stellvertreterin, zugleich SPÖ-Vizevorsitzende in Margareten, Andrea Hallal-Wögerer stammt die entlarvende Aussage: "Die Unterstellung, daß in Wien alles geschoben ist, glaube ich nicht. Die Zukunft der Garage entscheidet sich aber wohl bei Gericht."

Soweit die letzte nicht an Schiebung Glaubende. Vor einigen Monaten spuckte Hallal-Wögerer noch andere Töne. Da es auch Widerstand gegen eine zweite Garage im 5. Bezirk gibt, die unter dem Klieberpark geplant ist, wollte der Elternverein der angrenzenden Schule darüber debattieren. Hallal-Wögerer untersagte das über die Medien mit der Begründung, daß Politik in der Schule nichts zu suchen habe. Sie ist Direktorin der Schule.

Möglicherweise aus Rache an den Bezirksgrünen oder sonst einem abstrusen Grund wurde der auf der Wiedner Hauptstraße gebaute Radweg 5 Monate nicht eröffnet. Der Umbau der Wiedner Hauptstraße ist seit November 2004 beendet. Die Tafeln für den fertigen Radweg stehen seitdem, waren aber noch Ende März verhüllt. Von der Bezirksvorstehung war der Radweg als "Gegengeschäft" an Grüne als Ausgleich für die Zustimmung zu den Garagen präsentiert worden. Die Bezirksgrünen unterstützen aber weiterhin die BI. Besonders erheiternd ist, daß der nicht freigegebene Radweg, auf dem folglich auch keine RadfahrerInnen fuhren, diesen Winter vom Schnee geräumt wurde, während andere Radwege in Wien zumeist als Schneeablagerungsflächen zweckentfremdet werden.

Margareten ist der politische Heimatbezirk der stellvertretenden SPÖ-Vorsitzenden und Stadträtin Renate Brauner. Sie ist auch Vorsitzende der SPÖ-Margareten.

Bangla Desh: Rikschakampagne erfolgreich

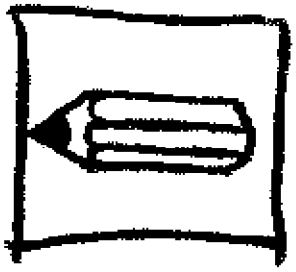
Im vorletzten TATblatt berichteten wir von einer Kampagne zum Erhalt der Fahrradrikschas als Transportmittel in Bangla Desh. Als Teil diverser durch die Weltbank finanzierter Straßenprojekte sollten Rikschas verboten werden.
Nun hat die Weltbank eine Stellungnahme an die Transportbehörde der Hauptstadt Dhaka abgegeben, daß zukünftige Projektfinanzierungen von positiven Effekten für den nichtmotorisierten Verkehr abhängig gemacht werden. Die Stadtverwaltung von Dhaka reagierte unmittelbar darauf und beendete ihre lange geübte Praxis, Rikschas durch Benutzungsverbote auf bestimmten Straßen zurückzudrängen.

Irak - Bilanz des Krieges

Zwei Jahre nach der Invasion im Irak stellt sich die "Demokratisierung" des Landes wie folgt dar: Anweisung 39 der "Provisorischen Behörde" der Besatzer erlaubt seit 2003 nicht aus dem Irak stammenden Personen 100% der privatisierten Unternehmen zu übernehmen. Zum Zeitpunkt der heurigen Wahlen im Irak waren 200 Unternehmen dem entsprechend privatisiert. Nach Meinungsumfragen sind jedoch 82% der Bevölkerung, trotz dieser demokratischen Segnung, für einen sofortigen Abzug der Besatzer, wohl auch weil die offizielle Arbeitslosigkeit 70% beträgt.
Etwas Demokratie brachte in letzter Zeit die unabhängige Gewerkschaft Basra Oil Union (23.000 Mitglieder) ins Land, indem sie eigenhändig Strohmänner von US-Firmen aus den Firmen warf. Nach einem erfolgreichen Streik im Jahr 2004 wurden ihre Löhne erhöht.

Auf Seiten der Besatzer wurden bisher 1.600 Angehörige der britischen und der US-Truppen getötet. Nach geschätzten Zahlen dürften derzeit 5.500 US-SoldatInnen nach ihrer Desertion auf der Flucht sein. Bush verlautbarte erst kürzlich, daß "die Erwähnung des Vergleichs zwischen dem Irak und dem Vietnamkrieg unpatriotisch sei".

Einer der Architekten des Irak-Krieges, Paul Wolfowitz, wurde als Präsident der Weltbank nominiert. Gerüchte gehen um, daß Wolfowitz im Privatleben nicht einmal eine Bankomatkarte verwenden kann. Nach seiner Aussage würde der Irak-Krieg 30 Mrd. US$ kosten, bis jetzt stehen die Ausgaben alleine im US-Budget bei 200 Mrd. US$. Wolfowitz ist ehemaliger Professor am National War College (so heißt das wirklich, ehrlich!). Im Jahr 2003 ist von Wolfowitz diese Aussage durch die New York Times verbürgt: "Alle AusländerInnen sollten damit aufhören sich in die inneren Angelegenheiten des Irak einzumischen. Die kommen wollen, um zu helfen sind willkommen. Die kommen, um sich einzumischen und zu zerstören, nicht." ◆



Schöne neue Sicherheit

Neue Karten, Ausweise, Kameras, Zonen, Überwachung. Die totale Sicherheit über alles. Vieles, was in anderen Ländern schon gescheitert ist, trotzdem aber fortgesetzt wird, muß auch in Österreich erprobt werden, damit auch hier ein Scheitern festgestellt werden kann. Nur selten scheint gelegentlich ein Quäntchen Vernunft auf. Beispielsweise in der Schweiz, wo die Polizei durch eine Razzia einen Trupp bewaffneter privater Securities aus dem Verkehr zog und diese Dienste gesetzlich eingeschränkt werden sollen.
Eine Gratulation sollte an die Heimatschutzbehörde der USA im Dienste der Sicherheit ausgesprochen werden. Sie setzte den Verteidigungsminister von Kanada auf die Liste der Terroristen, die kein Flugzeug betreten dürfen.

TAblatt

In vielen Kantonen der Schweiz herrscht im Sicherheitsgewerbe Wildwuchs. Die kantonalen Polizeikommandanten und der Branchenverband der Schweiz wollen eine einheitliche Bewilligungspraxis einführen. Anlaß und Beweis für die Notwendigkeit war u.a. eine Aktion der Polizei am 8. Mai 2004 gegen Türsteher einer geplanten Party im Bahnhof Luzern. Kaum hatten diese sich zur Instruktion versammelt, strömten zwei Dutzend Polizisten herbei und wiesen sie an, sich breitbeinig an die Wand zu stellen. Aus Sicht der Kantonspolizei war die Aktion ein voller Erfolg: Sie konfiszierte ein Kampfmesser, ein Springmesser, zwei Teleskop-Schlagstöcke, einen verbotenen Tränengasspray, ein gestohlenes Handy und im Auto eines Türstehers eine Pistole mit Deformations-Munition. Acht Personen wurden angezeigt. Zudem stellte die Polizei fest, dass zwei Deutsche keine Arbeitsbewilligung hatten und mehrere Türsteher wegen Gewalt- und Vermögensdelikten einschlägig vorbestraft waren.
In Zürich und Bern unterliegen Sicherheitsfirmen überhaupt keiner Bewilligungspflicht. Kein Kanton kann gezwungen werden, die Bewilligungspflicht einzuführen. Dem Vorhaben kommt aber entgegen, dass auch der Bundesrat (Parlament) Probleme ortet. Private Securities haben nicht mehr Rechte als andere BürgerInnen. Viel Aufsehen erregte zum Beispiel das brachiale Auftreten von vier Sicherheitsleuten, die im August 2003 in Zürich eine 14-jährige Ausreisserin im Auftrag ihrer Eltern mit Handschellen aus einer Gruppe von Punks abführten und im dabei ausgelösten Handgemenge drei Schüsse abfeuerten.
Der Markt ist in den letzten Jahren härter geworden. Die größeren, etablierten Firmen ziehen sich aus dem problembehafteten Türstehergewerbe zurückziehen. Bei den Marktleadern Securitas u.a. will man sich nicht mehr mit jugendlichen, alkoholisierten Hitzköpfen verschiedenster Nationalitäten herumschlagen. Unter dem Strich sei das nicht lukrativ, zumal die Zahlungsmoral von DiscobetreiberInnen oft in keinem Verhältnis stehe zu deren Erwartungen. So übernehmen kleinere Firmen die schlecht bezahlten Aufträge und greifen dafür oft auf billigeres, schlecht ausgebildetes Personal mit Rambo-Allüren zurück, oder sie sparen bei Ausrüstung oder Betriebsversicherung.

Neues vom Überwachen

Allerdings sind Rambotypen nur ein kleiner Aspekt des allgemeinen Problems einer Lawine von "Sicherheitsmaßnahmen". In Österreich scheint nun der Bann gebrochen hin zu einer zwar legalen, aber vollkommen chaotischen Videoüberwachungsmanie. Vorreiter Gänserndorf, ein Aussiedlerkaff für Wiener Eigenheimretortenfamilien (Vater, Mutter, 2 Kinder, Einfamilienhaus auf Schulden bei der Raika). In Gänserndorf installierte man bereits im September 2004 Kameras, weil am Bahnhof mehrmals Glasscheiben eingeschlagen wurden. Zwei Monate lang wurde er daher mit Kameras überwacht. Zwei Jugendliche konnten schließlich gefasst werden. Diesen erfolgreichen Kampf gegen den Untergang der Zivilisation überlegen jetzt auch andere Hot-Spots der Kriminalität, wie etwa Mödling, Waidhofen an der Thaya und Gars am Kamp, sie wollen ihre öffentlichen Plätze mit Videokameras überwachen.

> "The implication in that Minister Bill Graham's recent difficulty in obtaining a boarding pass was due to U.S. security procedures is incorrect," said an embassy spokeswoman.
>
> Die US-Botschaft in Kanada über die Probleme, die der kanadische Verteidigungsminister hatte, ein Flugzeug in die USA zu besteigen.

Strikt gegen eine Videoüberwachung im Stadtgebiet ist man in Wiener Neustadt. Denn eine ständige Überwachung verletze die Privatsphäre der Bürger, heißt es im Rathaus. Abgelehnt wird die Videoüberwachung aber auch in Neunkirchen und Korneuburg, hier werden die hohen Kosten als Gegenargument angeführt. Die österreichweit erste legale polizeiliche Videoüberwachung von Innenministerin Liese Prokop (ÖVP)

in der SCS eröffnet. Überwacht wird der Parkplatzbereich der Shopping City Süd. Das überwachte Areal ist mit entsprechenden Hinweistafeln mit der Aufschrift "Polizei-Überwachung" gekennzeichnet. Die Überwachung führen Gendarmeriebeamte vom Posten in der SCS durch. Die fünf Videokameras mit einer speziellen Zoom-Funktion sind über das gesamte Parkplatzgelände verteilt.

Sicherheitszonen ohne Ende

Das Hauptschlachtfeld populistischer Profilierungspolitik sind jedoch die Sicherheitszonen nach Verordnung. In Traiskirchen soll nach der Volksschule bei der Hauptschule eine zweite entstehen. Der Bürgermeister, ein von der FPÖ getriebener Populist der SPÖ in engem Bündnis mit dem selbst in der SPÖ isolierten Purkersdorfer Bürgermeister und Ex-Innenminister Schlögl, hat einen Antrag an die Bezirkshauptmannschaft Baden gestellt. Bürgermeister Fritz Knotzer: "Was das Drogenproblem zum Beispiel betrifft, sind die älteren Kinder in der Hauptschule wahrscheinlich mehr gefährdet und leider mindestens genauso Ansprechpartner für Dealer wie die Kinder in der Volksschule. Diese Schutzzone ist somit auch hier gerechtfertigt." Leeres Gerede.
Auch Zwettl im Waldviertel bekommt eine Schutzzone. "Wehret den Anfängen", mahnt Bezirkshauptmann Michael Widermann. "Wir sind kein klassisches Drogengebiet, und es gab bis jetzt nur Einzelfälle." Zwettl beweist, es muß weder ein Anlaß noch ein objektives Bedrohungsbild vorliegen. Zwettl ist ein klassisches Drogengebiet, wo der Alkoholismus ein endemisches Problem darstellt. Rund um die Saufkopfwirtshäuser werden jedoch keine Zonen verordnet, denn diese wären nicht präventiv.

Sicherheitshochburg Tulln

Tulln in Niederösterreich wird zweifelsohne jene weltweit erste Gemeinde sein, die mit der Kriminalität jedes Leben ausgerottet haben wird. Um Diebstähle und Beschädigungen an abgestellten Fahrrädern am Bahnhof Tulln zu vermeiden, wurde eine Überwachungsanlage angeschafft, weil es "in den letzten Jahren zunehmend zu Diebstählen und mutwilligen Zerstörungen an abgestellten Fahrrädern am Hauptbahnhof kam". Durch das Sicherheitsmaßnahmenpaket der Stadtgemeinde Tulln wurden nun im Bereich der Radabstellplätze Videokameras montiert. Die Videoüberwachung soll für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit sorgen. Die Kameras garantieren eine durchgehende Aufzeichnung. Bei Anzeigen von Diebstählen oder Schäden können die Aufzeichnungen von der Gendarmerie sichergestellt und ausgewertet werden.
Dieses Sicherheitsmaßnahmenpaket schafft auch eine "Sicherheitspartnerschaft" mit allen Stellen der öffentlichen Sicherheit. Weiters soll die "Nachbarschaftshilfe" aktiviert werden. Auch für eine Videoüberwachung von gefährlichen Plätzen und für Schutzzonen bei Kindergärten und Schulen soll gesorgt werden. Für Frauen sollen Selbstverteidigungskurse angeboten werden.
Wer sollte sich da noch nach Tulln wagen, das schon bisher einen Bevölkerungs- und Kaufkraftverlust zu verzeichnen hatte.

Probebetrieb E-Card

Offiziell wurde schon am ersten Tag gejubelt, was das nicht für ein klagloser Betrieb wäre. Nur regionale Medien wagen es gelegentlich eine etwas abweichende Realität im Probebetrieb im Burgenland der den Krankenschein ersetzenden E-Card der Sozialversicherung zu berichten. Durch einen Fehler bekamen manche Gemeinden überhaupt keine Karten.
"Durch einen Irrtum mit Postleitzahlen sind einige Gemeinden hinausgefallen. Edelstal, Pama, Deutsch Jahrndorf und Gattendorf haben ihre E-Card noch nicht erhalten", so Gerhard Grafl von der ÄrztInnenkammer Burgenland. "Das Missgeschick ist durch einen Fehler eines Mitarbeiters passiert, der in der Annahme war, dass alle Postleitzahlen, deren ein Zweier voransteht, nach Niederösterreich gehören. Dadurch wurden die Gemeinden dem Bundesland Niederösterreich zugeordnet."

Neues von der No Fly List der USA

Erheiternde Neuigkeiten gibt es vom Kernstück im Zentralregister der US-Heimatschutzbehörde, dem No Fly Register, das Personen registriert, die TerroristInnen sind (!) und deswegen nicht in ein Flugzeug steigen dürfen. Bisher bekanntester Top-Terrorist auf der Liste war US-Senator Ted Kennedy. Nun steht auch der kanadische Verteidigungsminister Bill Graham drauf. Er hatte im Jänner größte Mühe ein Flugzeug zu besteigen, das ihn auf einen Staatsbesuch in die USA bringen sollte. Die US-Botschaft in Kanada leugnet hartnäckig, weigert sich aber gleichzeitig eine Aussage über die No Fly List zu tätigen.

"In welchem Teil des Hauses sprechen sie für gewöhnlich über die Regierung?"

Kubanischer Regierungsbeamter bei der Installation eines Mikrofons in einer Wohnung

Wo reden sie über die Regierung?

In Kuba macht das 15-Minuten-Video "Monte Rouge", das im Untergrund produziert wurde, Furore. Es ist wohl die ultimative Antwort auf Überwachungswahn und Paranoia. Darin stellt sich ein "Beamter der Regierung" an der Wohnungstür vor, um ein Mikrofon in jenem Raum zu installieren "in dem Sie gewöhnlich über die Regierung reden". Bei einem "Mikrofontest" in der Toilette soll die angesprochene Person "etwas Subversives" sagen. Letztendlich offeriert einer der "AgentInnen" sogar den Verkauf einer Satellitenschüssel, deren Besitz in Kuba illegal ist.

◆

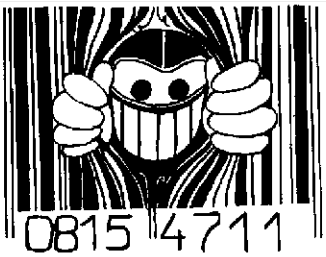
Recht und Gesetz

Großbritannien, ein Land im Gesetzestaumel.

1986 Public Order Act
1992 Trade Union Act
1994 Criminal Justice and Public Order Act
1997 Protection from Harrassment Act
2000 Terrorism Act
2001 Criminal Justice and Police Act
2003 Anti-Social Behaviour Act
2004 Civil Contingencies Act
2005 Serious and Organised Crime Act

Der Protection from Harrassment Act wurde eingeführt, um Frauen vor Nachstellung zu schützen. Er wird praktisch ausschließlich gegen TierrechtlerInnen und Anti-GentechnikAktivistInnen zum Schutz der Konzerne angewandt. Der Terrorism Act ist ein ausschließliches Gesetz zum Anhalten und Durchsuchen von FriedendemonstrantInnen. Mittlerweile sind die Hälfte aller Anzeigen in Großbritannien nicht solche über Verbrechen, sondern betreffen "mißliebiges Verhalten" nach dem Anti-Social Behaviour Act. Als Strafen sind neben Gefängnis und Geldstrafen auch "Radioverbot", Verbot sich in der eigenen Wohnung aufzuhalten sowie Aufenthaltsverbote nach Bedarf vorgesehen.
Der Serious and Organised Crime Act schreibt eine Demobannmeile von einem Kilometer rund um das Parlament fest, und das, weil ein einzelner Demonstrant seit meheren Jahren täglich vor dem Parlament gegen die Beteiligung an den diversen Nahost-Kriegen protestiert. Außerdem wird strafbar, "zwei oder mehrere Personen zu einer Handlung zu überreden", die "Besorgnis oder Trauer hervorruft". Damit sind Flugblätter und Kundgebungen für Boykottkampagnen gegen Firmen gemeint.

◆



Was bisher geschah ...

Wer übers Handy ins Netz eines/r MobilfunkbetreiberIn eingebucht ist, funkt permanent auf bis zu einige hundert Meter genau seinen Aufenthaltsort. Beim gewöhnlichen Telefonat im Festnetz speichert die Telefongesellschaft für Abrechnungszwecke in der Regel 90 Tage lang, wer mit wem von welchem Anschluss aus gesprochen hat.

"Die organisierte Kriminalität investiert lediglich 20 Cent für ein Gespräch an der nächsten Telefonzelle."
Bernhard Rohleder, Geschäftsführer des deutschen Branchenverbands Bitkom zur "Vorratsspeicherung"

Was geschehen soll ...

EU-weite Vorratsdatenspeicherung: Im Fachjargon ist von den "Verkehrsdaten" die Rede, worunter nach deutschem Recht sowohl "Verbindungs-", als auch "Standortdaten" fallen. Es geht um alle Informationen, die beim Aufbau und beim Betrieb von Telekommunikationsdiensten einschließlich der Internet-Nutzung entstehen. Dabei handelt es sich längst nicht mehr nur um eine angerufene Telefonnummer oder den Zeitpunkt der Verbindung. Bei jedem Einklinken ins Internet etwa erhält jedeR NutzerIn eine eigene Netzadresse. Zusammen mit den bei der Providerin gespeicherten persönlichen KundInnendaten ergibt sich so ein Kennzeichen, mit dem sich der Aufenthalt im Cyberspace genau protokollieren lässt.
Mindestspeicherfristen für die anvisierten Daten: Frankreich, Großbritannien, Irland und Schweden befürworten, dass die Telekommunikationsfirmen die Rohdaten ganze zwölf bis 36 Monate lang archivieren.
Länder wie Italien haben bereits noch längere Speicherregelungen verabschiedet. Die Niederlande wollen Staaten erlauben, beliebig lange Aufbewahrungsfristen zu beschließen.
Die ansonsten im Terrorkampf besonders aktiven USA werden komplett auf die Vorratsdatenspeicherung verzichten. Allein in Deutschland würden die Investitionskosten der TelekommunikationsbetreiberInnen 150 Mio. Euro zu. Weiters ist mit laufenden jährlichen Betriebskosten in Höhe von 50 Mio. Euro zu rechnen.

◆

"Die oft nicht beachtete Dimension der Datenjagd ist, dass die Informationen für unbekannte künftige Verwendungsarten gelagert werden. Das ist der Punkt, an dem Orwell auf Kafka trifft."
Daniel Solove, Rechtsprofessor an der George Washington University Law School in den USA

RäumungSchlussTage, Freiräume, EKH, ...
Protest für autonome Räume

Im vergangenen Monat kam es zu einigen Protesten mit der Forderung nach autonomen Freiräumen. Zentral ist die Auseinandersetzung um den Erhalt des EKH. Im folgenden ein vier Seiten Schwerpunkt mit Meldungen dazu.

4 Festnahmen bei Razzien in Wien: EKH, Afroshop und zwei Wohnungen durchsucht

no-racism.net, indymedia, TATblatt

Am Dienstag, 15.3.2005 um fünf Uhr in der Früh wurde das EKH von rund dreißig Polizisten "besucht". Grund der Razzia waren zwei Durchsuchungsbefehle ausgestellt auf zwei Zimmer, aufgrund des § 28 SMG (Suchtmittelgesetz). Ein Zimmer im vierten und eines im zweiten Stock wurden mit Drogenhunden durchsucht und die Einrichtung auf den Kopf gestellt. Parallel dazu wurden zwei Wohnungen und ein Afroshop wegen der gleichen Verdachtsmomente durchsucht. Im Zuge dieser erfolglosen und rassistisch motivierten Amtshandlungen wurden vier Personen verhaftet, von denen drei nach ein paar Stunden wieder auf freiem Fuß waren. Die Person, auf den der einzige Haftbefehl ausgestellt war, kam am Freitag, 18.3.2005 nach eine Haftprüfung raus. Nach mehreren Interventionen und der Tatsache, dass im Rahmen der rassistischen Razzien keine "Beweise" sicher gestellt wurden, sah die zuständige Richterin keine Notwendigkeit zur Überstellung in U-Haft.

EKH vor Gericht: Update zur Räumungsklage

EKH Newsletter, at.indymedia.org, TATblatt

Am Dienstag, 15. März 2005 wurde das Verfahren gegen den Infoladen 10 eröffnet und der Räumungsprozess über Teile des EKH gegen den Verein für Gegenkultur fortgesetzt. Die erste Verhandlung des Räumungsprozesses fand am 18. Februar 05 statt (siehe Bericht in TATblatt +218).

Der Prozess gegen den Infoladen 10 war die erste Tagsatzung und stellt den Auftakt für die folgenden Verhandlungen dar, der nächste Termin hierfür ist der 15. April um 9.00 Uhr in Raum IV, Beobachtung des selbigen ist erwünscht!

Im Verfahren gegen den Verein für Gegenkultur ging es erneut um angeblich dem Verein zuzuordnende Angriffe gegen VertreterInnen und Immobilien der Gegenseite, sprich: die Wielandgasse 2-4 Vermietungsges.mbH.
Der zu unterstellen Versuchte Zusammenhang zwischen "Angriffen" (gemeinst sind Sprayerein und verpackte Bierflaschen mit schwarzen Schleifen) gegen die neuen VerwalterInnen des Hauses und dem Verein für Gegenkultur konnte nicht festgestellt werden. Eine lustige Anekdote am Rande ist die Schilderung eines oben erwähnten Angriffs von Frau Stiermayer - Mitarbeiterin der neuen Hausverwaltung des EKHs:"An einem Freitagnachmittag wurde ich angerufen und gefragt, ob meine Mittagspause endlich zu Ende sei. Ich sollte runterkommen und Kinoki spielen. Unten stand dann so ein Pappkarton und eine Bierflasche mit einem schwarzen Tuch. Auf dem Karton stand: Das EKH frisst seine Kinder."
Versucht wurde weiters, Verstöße des Vereins gegen die Bauordnung nachzuweisen, was ebenfalls misslang. Das heitere Bezirksgericht Favoriten geht am 19. April 205 um 10 Uhr in Saal IV in die nächste Runde.

RäumungSchlussTage: Dieses Haus ist besetzt!

at.indymedia.org, TATblatt

Am Mittwoch, 23. März 2005 begannen in Wien die RäumungSchlussTage, organisiert von der Neuen Liegenschaftsverwaltung: KRItisch Politische Offensive (NLV/KRIPO). Gleich zu Beginn wurde am Rande einer Kundgebung ein Haus besetzt.

Den Auftakt der RäumungSchluss Tage von 23. - 27. März 2005 in Wien machte eine Kundgebung unter dem Motto: "Wien roimt auf! EKH ist! Bleibt! Wird Sein!" Ca. 150 Leute kamen ab 15:00 Uhr zur Ecke Museumsquartier/ Volkstheater. Es gab, Musik, Informationen, viele Transparente und vor allem auch schönes Wetter.
Gegen 16:30 wurden einige Leute beobachtet, als sie gleich neben der Kundgebung am Haus Ecke Museumsstraße/Burggasse Transparente aus den Fenstern hängten. Schnell wurde klar, dass hier ein Haus besetzt wird! Die Kundgebung wurde aufge-

löst und zahlreiche AktivistInnen versammelten sich auf den Gehsteigen rund um das soeben besetzte Haus.
Die Polizei, die schon in den frühen Morgenstunden bei zwei Locations, die an den Räumung-SchlussTagen beteiligt sind auftauchte, um ihnen Polizeischutz anzubieten, da sie ja mit den ach so bösen HausbesetzerInnen zusammenarbeiten, war nicht sehr zahlreich vertreten.
Die Eingänge des Hauses wurden besetzt - obwohl den Beamten nicht gleich klar sein dürfte, welches die Eingänge sind.
Währenddessen flogen Flugblätter und Feuerwerkskörper aus dem Gebäude. Die vor dem Gebäude versammelten Leute von der Kundgebung schrieen Parolen wie: "Alles für alle; und zwar umsonst!" oder "Her mit den Häusern!" Die Leute an den Fenstern im besetzten Haus, die mit Overalls und Gesichtsmasken bekleidet waren, verschwanden nach und nach.
Die Polizei wusste lange nicht was sie jetzt tun sollen. Bis der Befehl kam, das Haus zu stürmen und sie auch endlich gecheckt hatten, wo überhaupt der Eingang ist, waren im Gebäude nur noch Puppen, die vor den Fenster standen. Alle AktivistInnen hatten das Gebäude bereits verlassen.
Im Rahmen der Räumung-SchlussTage fanden zahlreiche Veranstaltungen; wie Theater, Kino, Straßenfeste, Workshops, Diskussionsveranstaltungen, Partys usw. statt.

Weitere Informationen zu den RäumungSchlussTagen und zur NLV/KRIPO unter:
http://t0.or.at/raum

Die Forderungen zu den Räumung-SchlussTagen

Dokumentation der Presse Aussendung

++ TATblatt-Originaltextservice TATblatt-Originaltextservice ++

Räumung Schluss Tage
Die Stadt gehört WIR
23-27.März.2005 in ganz Wien
genaues Programm auf www.t0.or.at/raum

Wir melden uns lautstark zu Wort, mit der konkreten Forderung nach autonom nutzbaren Freiräumen, für Projekte mit emanzipatorischen Anspruch in Wien und bitten die kritische Wiener Öffentlichkeit um Aufmerksamkeit:
Die neue Liegenschaftsverwaltung KRIPO ist ein Netzwerk aus Wiener Initiativen aus dem Bereich der selbstverwalteten kulturellen und politischen Arbeit. Alle diese Initiativen vom TÜWI im Villenviertel, über die Public Netbase, dem Verein Echo, das Frauencafe bis zum EKH am anderen Ende der Stadt...(diese Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und steht zur Erweiterung offen)... verbindet ein gemeinsames gesellschaftliches Anliegen:
Nämlich den Erhalt und die Erweiterung von Räumen, die nicht nach herrschenden Normen funktionieren und Türen öffnen für ein besseres und solidarisches Leben. Sie richten sich daher direkt gegen die verschiedensten Formen von Herrschaft und Unterdrückung, wie Rassismus, (Hetero)Sexismus, Kapitalismus und Antisemitismus.
Experimentell soll versucht werden normierende Strukturen zu reflektieren und zu überwinden.
Dazu brauchen wir frei gestaltbare Räume und Netzwerke.
Mit unseren Forderungen wenden wir uns zunächst an die Institutionen, die diese Initiativen konkret bedrohen oder ihrer Bedeutung nur unzulänglich Rechnung tragen (Gemeinde Wien, Bundesregierung, Universitäten ...) und an dich aktiv zu werden. Wir müssen es schaffen ein gesellschaftliches Klima aufzubauen, dass der Erhaltung und Schaffung emanzipatorischer Projekte ermöglicht.

Wir fordern:
• DEN ERHALT BESTEHENDER INITIATIVEN
• DIE ZUR VERFÜGUNG STELLUNG VON RESSOURCEN FÜR NEUE FREIRÄUME

++ TATblatt-Originaltextservice TATblatt-Originaltextservice ++

Der Text des Flugzettels von der kurzfristigen Besetzung am 23. März 2005:

+++ TATblatt - Originaltextservice +++
TATblatt - Originaltextservice +++

Burggasse / Ecke Breite Gasse
Dieses Haus ist besetzt!

ohne Pause bis jetzt
denn wir kamen zuerst und gehen zuletzt!

Besetzt im Rahmen der Räumung - Schlusstage
um zu zeigen
wie viele Räume leer bleiben
auf die Zukunft zu verweisen
dass wir sehr wohl wissen
wohin wir müssen
zieht man uns den Boden weg,
unter den Füssen!!

gegen Mietwucher
gegen Obdachlosigkeit
gegen ungenützte, leerstehende Räume
gegen Singlehaushalte

für kollektives Wohnen
für eine bessere Lebensqualität
für mehr Kommunikation
für RUAMRAUB!

!weitermachen!

+++ TATblatt - Originaltextservice +++
TATblatt - Originaltextservice +++

Gemeinde ignoriert Tatsachen!

Wie wir aus einer Presseaussendung der SPÖ Wien erfahren mussten, ist der Gemeinde Wien anscheinend immer noch nicht zu Ohren gekommen, dass das Ernst-Kirchweger Haus im Oktober 2004 an politisch nicht wohl gesinnte Spekulanten verkauft wurde. Zuvor hatte die KPÖ das Haus der Gemeinde Wien zu einem Kaufpreis von 1 Million Euro angeboten, die Gemeinde lehnte ab, wohl aus Angst vor negativen Schlagzeilen im "Krone-Jargon". Dies zeigt eindrucksvoll, wie ernsthaft die Stadt Wien am Erhalt des Gesamtprojekts EKH und anderen politisch unliebsamen Projekten interessiert ist! Wir zitieren:
SPÖ-Gemeinderätin Rudas:
"Sollte Kollegin Ringler (Anm: Grüne Gemeinderätin und Kultursprecherin) darüber hinaus wirklich daran interessiert sein, der Initiative KRIPO von Martin W. zu helfen, empfehle ich beispielsweise im Fall von EKH mit der KPÖ, im Fall von public netbase mit Franz Morak und im Fall von TÜWI mit der Universität für Bodenkultur zu sprechen." (Quelle: www.ots.at).
Wir möchten die Gemeinde nochmals an das bestehende Ultimatum erinnern, welches mit 31.3.05 erlischt. Es wurde bereits vor zwei Wochen ein Konzept an Häupl, Laska und Rieder überreicht, in dem ernsthafte Verhandlungen mit den BewohnerInnen und NutzerInnen zwecks einer Gesamtlösung für das Projekt gefordert wurde!

EKH, 24. März 2005

Noch eine Hausbesetzung in Wien

Am 2. April 2005 wurde erneut ein Haus in der Burggasse kurzfristig besetzt. Im folgenden eine Stellunghahme der BesetzerInnen, veröffentlicht auf at.indymedia.org:

++ TATblatt-Originaltextservice TATblatt-Originaltextservice ++

Burggasse 83A
ÄTSCH!!! Dieses Haus wurde soeben besetzt!

Das 4stöckige Wohnhaus in der Burggasse 83A steht schon seit längerem leer und wird in keinster Weise genutzt.
Mit dieser Besetzung wollen wir auf die Vielzahl nutzbarer Räume aufmerksam machen, die trotz großem Bedarfs leer stehen und einzig und allein der Immobilienspekulation dienen.
In ganz Wien steigen die Mietpreise rasant an und werden für viele Menschen unbezahlbar, wodurch immer mehr Menschen auf der Strasse leben müssen.
Viele soziale Projekte, Kunst- und Kulturinitiativen sowie selbstverwaltete Zentren stehen vor dem Aus, weil ihnen die Subventionen gestrichen oder die Räumlichkeiten weggenommen werden.
Wir haben genug von dem Scheiß!
Wir nehmen uns einfach was wir brauchen!
ALLES FÜR ALLE UND ZWAR UMSONST!!!

++ TATblatt-Originaltextservice TATblatt-Originaltextservice ++

Das EKH und die Stadt Wien: Radical CheerleaderInnen am Gemeinderat

at.indymedia.org, TATblatt

1. April, kein Scherz: Gemeinde Wien kauft das Ernst Kirchweger Haus und stellt es den BewohnerInnen zur Verfügung

Eine Radical Cheerleading Gruppe besuchte die Wiener Gemeinderatssitzung am 1. April 2005, um mit viel Wirbel auf das Ende eines von BewohnerInnen gestellten Ultimatums an die Gemeinde Wien aufmerksam zu machen. Überraschenderweise wurde den BesucherInnen der Zutritt zu einer öffentlichen Gemeinderatssitzung mit Hilfe von Polizei und Feuerwehr nicht gestattet. Grund dafür waren "erhöhte Sicherheitsmaßnahmen". Nach Verhandlungen mit den Wiener Grünen konnte eine Delegation von fünf Personen doch auf den BesucherInnenrängen Platz nehmen.
Im oben genannten Ultimatum wurde die Stadt Wien aufgefordert, konkrete Zusagen bezüglich des Erhalts des EKHs zu den bisherigen Konditionen zu tätigen: "Das Weiterbestehen des Ernst Kirchweger Hauses mit seinen BewohnerInnen, NutzerInnen und Ideen muss garantiert sein. Wir fordern bis 22.03.2005 den Beginn verbindlicher Verhandlungen zwischen Gemeinde Wien und dem Verein für Gegenkultur über den Ankauf des Ernst Kirchweger Hauses seitens der Gemeinde Wien, mit dem Ziel dass bis 31.03. schriftliche Zusagen in dieser Sache gemacht werden." (Zitat aus dem Konzept für den Erhalt des EKH).

Gemeinderat bestätigt: Das Feinstaubproblem

Linke Strukturen lassen sich nicht einfach atomisieren, Freie Radikale vermehrt gesichtet. Wegen häufiger Grenzwertüberschreitungen permanente erhöhte Alarmbereitschaft: Was soziale Sicherheit wohl alles kostet? Zu Risiken und Nebenwirkungen lesen sie Konzeptbeilagen oder fragen sie den Gemeinderat. (rapidite)

Weiters war geplant, den Abgeordneten des Gemeinderats eine Rechnung vorzulegen. In dieser ist die, in den letzten 15 Jahren geleistete unentgeltliche Arbeit in den Bereichen Kultur, Soziales und Politik aufgeschlüsselt.
Als das Thema "Theaterpolitik in Wien" zur Sprache kam, meldete sich einer der AktivistInnen zu Wort und versuchte auf die Situation des Ernst Kirchweger Hauses aufmerksam zu machen.

Prompt wurden die fünf BesucherInnen von der Rathaus Security zurückgedrängt und unter Einsatz körperlicher Gewalt aus dem Rathaus geschleift und die Personalien aller anwesenden CheerleaderInnen von Beamten der Staatspolizei aufgenommen. Die ChearleaderInnen ersuchen alle Interessierten, sich bei Hr. Mondschein, dem Chef der Rathauswache unter der Nummer 01/4000-82482 zu beschweren. Dieser ist verantwortlich dafür, dass einigen Menschen ohne Begründung die Teilnahme an einer öffentlichen Gemeinderatssitzung verwehrt wurde

EKH, 31.3.2005: Remember Ernst Kirchweger?

Am 31. März 1965 nahm der 67jährige ehemalige KZ-Häftling und KPÖ-Mitglied Ernst Kirchweger an einer Demonstration gegen den an der damaligen Hochschule für Welthandel (der heutigen WU Wien) lehrenden antisemitischen Sozial- und Wirtschaftshistoriker Taras Borodajkewycz teil.
Gegen diese Demonstration wurde vom Ring Freiheitlicher Studenten, der Studentenorganisation der Freiheitlichen Partei Österreichs, eine Gegenkundgebung veranstaltet. Die Teilnehmer beider Demonstrationen gerieten aneinander und die Wiener Polizei soll der Schlägerei untätig gegenüber gestanden sein. Ernst Kirchweger wurde von Günther Kümel attackiert und schwer verletzt. Drei Tage später erlag er seinen Verletzungen. Kümel wurde danach nur zu zehn Monaten Haft verurteilt!
An Kirchwegers Begräbnis beteiligten sich 25.000 Menschen, jedoch weigert sich der österreichische Staat bis heute, Ernst Kirchweger als erstes Opfer rechtsextremer Gewalt in der zweiten Republik zu gedenken. 40 Jahre später scheint die KPÖ ihre antifaschistische Tradition aus „rein ökonomischen Zwängen" vergessen zu haben. Dass nach Ernst Kirchweger benannte Haus in der Wielandgasse 2-4 wurde mitsamt seinen BewohnerInnen an eine Personengruppe mit rechtsextremen Charakter verschachert. Ironie dabei ist, dass die jahrelang antifaschistisch arbeitenden Gruppen Prozesse führen müssen, um ihre Existenz zu rechtfertigen. Die klagende Partei wird hierbei vertreten vom „Zur Zeit" - Gesellschafter und Mölzer-Intimus RA Johannes Hübner Jr.
Besonders im „Opfer-Gedenkjahr" 2005 ist es traurig, dass rechtsextreme Kontinuitäten in Österreich weder thematisiert geschweige denn aufgearbeitet werden. Im Gegenteil werden solche Tendenzen als politische Norm und gesellschaftlicher Mainstream angesehen. Kritisch arbeitende Projekte hingegen werden nicht nur ihrer Stimmen beraubt, sondern es wird auch ihre Legitimität und Nützlichkeit in Frage gestellt.

Antifaschistisches Denkmal entwendet

In einer offensichtlich nächtlichen Einbruchsaktion im Ernst Kirchwerger Haus wurde eine Gedenktafel für einige durch die Nazis ermordeten Kommunisten entwendet. rechts- oder "links"extreme Tatmotive sind nicht auszuschließen.

Das EKH:

Wielandgasse 2-4, 1100 Wien
(U1 Keplerplatz, 14A, 6, 67)

Infoladen 10
Mi+Do 16:00-20:00
Fr+Sa 16:00-22:00
http://med-user.net/infoladen10

Volxbibliothek:
jeden Mittwoch 16:00-20:00

Aktuelle Termine und Informationen:
http://www.med-user.net/ekh
http://www.ekhbleibt.info
http://at.indymedia.org

Spendenkonto:
Dieter Schrage
Kontonummer: 51405153501
BLZ 12000
Verwendungszweck: EKH BLEIBT

EKH im April 2005:

Fr 8. 20:00 Uhr infoladenkino Things.Places.Years. Doku über jüdische Frauen in Wien und London von Klubzwei. (A/GB 2004, 70 min) + Diskussion mit den Filmemacherinnen
anschl konzi mit analena (zagreb) & the plague mass (graz)
Sa 9. Amen 81 + ruidosa immondicia + trick 17
Mi 13. que(e)r beisl
Do 14. unzumutBAR
Fr 15. frauenbanden
Sa 16. lattigeburtstagsfest: The Hynkels, Dynamo Früchtebonus, Finger, Conny Chaos & die Retortenkinder
So 17. ladyspace: motorama
Mi 20. queer beisl
Do 21. unzumutBar + Bagru Gewi EKH Soli
Fr 22. Abolishing the borders soli, adacta, sangre de christo, nie geprobt
Sa 23. Mayday Soli
Mo 25. World inferno friendship society, antimaniax
Mi 27. queer beisl
Do 28. unzumutbar
Fr 29. dancefloortragedy
Sa 30. jmenfous + scapies

Vorschau:

So 1.5. weiberfrühstück
Mi 4.5. drunk juggling jugglars, pommes brutal
Fr 6.5. smiles, murora attack
ab 29. Juni 2005:
Haus, Hof und Straßenfest.
15 Jahre EKH verteidigen! Wir bleiben!! Roimung verhindern!!

TÜWI im April:

Peter Jordanstr. 76
A-1190 Wien

Fr, 8.04. konzert / CG Jungle
So, 10.04. zamjam
Di, 12.04. fest der theaterwissenschaft
Mi, 13.04. konzert -- info folgt
Do, 14.04. erasmusfest
Sa, 16.04. konzert / witty rabbits + krasty

Filmkritik

Operation Spring

Im Rahmen der Diagonale 2005 in Graz fand am 16. März die Uraufführung der gleichnamigen Dokumentation statt.

Selbstdarstellung der FilmemacherInnen

Im Morgengrauen des 27. Mai 1999 stürmen 850 Polizisten Wohnungen und Flüchtlingsheime in ganz Österreich. Der Codename der Polizeiaktion ist „Operation Spring", es ist die größte kriminalpolizeiliche Aktion seit 1945. Insgesamt werden an die 100 Afrikaner verhaftet.
Die Medien berichten von einem noch nie da gewesenen Erfolg der Polizei im Kampf gegen die Organisierte Kriminalität. Mit Hilfe des ersten Großen Lauschangriffs sei es gelungen, die Bosse eines international agierenden Nigerianischen Drogenrings festzunehmen.
In den folgenden Jahren entwickelt sich daraus das größte Justizverfahren gegen Afrikaner in Österreich. Fast alle Angeklagten werden verurteilt. Das gesamte Strafausmaß beträgt mehrere hundert Jahre Haft.
OPERATION SPRING ist ein Dokumentarfilmthriller über die Erprobung neuer Ermittlungsmethoden und Gesetze in Österreich. Schritt für Schritt werden die damaligen Ereignisse aufgerollt und die Hauptbeweismittel unter verschiedenen Blickwinkeln akribisch untersucht.
Während zu Beginn den Schwierigkeiten der Polizei und des Gerichts bei der Handhabung der neuen Ermittlungsmethoden und deren Ergebnissen nachgegangen wird, nehmen die Ereignisse im weiteren Verlauf eine immer bedrohlichere Entwicklung mit kafkaesken Zügen. Beteiligte der involvierten Seiten erzählen, was sie damals erlebt haben, wie sie die Ereignisse wahrgenommen haben. Unter ihnen Richter, Anwälte, ein Beamter aus dem Justizministerium, ein ehemaliger Kronzeuge und ein verurteilter und inhaftierter Afrikaner.
Darüber hinaus folgt der Film dem letzten noch offenen „Operation Spring"- Prozess, der im Herbst 2003 zum dritten Mal neu aufgerollt wird. Entwicklungen und Fragen, die in diesem Verfahren auftauchen, werfen im Nachhinein ein neues Licht auf die gesamten Operation Spring Prozesse.
Der Film stellt die Frage, ob die Angeklagten jemals die Chance auf ein faires Verfahren hatten. ◆

Weitere Informationen und Bilder zum Film finden sich unter:
www.operation-spring.com

TEAM:
Idee, Buch, Regie, Schnitt: Angelika Schuster, Tristan Sindelgruber
Kamera: Robert Angst
Dramaturgische Beratung, Schnitt: Wolfgang Widerhofer
94 Minuten

Schnittpunkt
Große Sperlgasse 19/3
1020 Wien
e-mail: schnittpunkt@gmx.at
www.schnittpunkt-film.com

Gericht verweigert Haftstrafe

Während österreichische Gerichte nur zu gerne Haft für Bagatelldelikte austeilen, außer es handelt sich um korrupte, mafiose oder frauenprügelnde und vergewaltigende Politiker, hat ein Gericht im US-Bundesstaat New Jersey einer Aktivistin die verlangte Haftstrafe verweigert. Angi Metler hatte sich selbst in einer Bärenfalle gefangen, um gegen die staatlich organisierte Bärenjagd zu protestieren. Deshalb wurde sie zu einer Geldstrafe und den Gerichtskosten verurteilt. Metler lehnte das ab und verlangte eine Haftstrafe.
Die Staatsanwaltschaft war gegen eine Haftstrafe: "Das ist kein politisches Forum, sondern ein Gerichtshof. Wir machen kein Geschäft damit, MärtyrerInnen zu erzeugen." In zahlreichen anderen Fällen sieht das aber seltsamerweise die Staatsanwaltschaft nicht so und veranstaltet regelrechte Schauprozesse, in Folge denen AktivistInnen für Sachbeschädigung oder ähnliche Delikte zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt werden. Aber diesmal paßte es ihnen halt nicht ins Konzept.
Der neue Gouverneur von New Jersey beendete am ersten Tag seiner Amtszeit die Bärenjagd. ◆

+++ TATblatt Originaltextservice +++

Anschlag auf Pro-Life Büro

Nacht vom 4. auf 5. April 05 in Wien, Postgasse, 1. Bezirk.

Mehrere Farbbeutel und Scheiben eingeschlagen.

Für das Selbstbestimmungsrecht der Frauen.

Aktionsgruppe Emma Goldmann

+++ TATblatt Originaltextservice +++

Mit Sicherheit zur Union der Lagerländer
Rassistische Gesetze in Österreich und der EU

Kriminalisieren, internieren, deportieren und manchmal auch töten: So präsentiert sich die rassistische Politik in Österreich und den restlichen Staaten der EU – und darüber hinaus. Längst sind jene, die diese Gesetze verabschieden davon abgegangen, die Verschärfungen still und heimlich durchzuführen. In Einklang mit Polizei und Mainstreammedien wird an einem System gearbeitet, das Erinnerungen wach werden lässt, die 60 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges schon fast wieder in Vergessenheit geraten sind.

no-racism.net, gekürzt

Wenn FPÖ-PolitikerInnen wie Helene Partik-Pable im Parlament eindeutig rassistische Aussagen tätigen und ganze Bevölkerungsgruppen pauschal stereotypisieren, dann regt dies vielleicht noch die eine oder den anderen auf. Doch wenn fast alle an einem Strang ziehen und jene, die nicht ganz einverstanden sind, wie manche Grüne PolitikerInnen, die sich mit ihrer Kritik dermaßen zurückhalten, damit sie ja nicht in „Ungnade" fallen, dann kann wohl von einem Konsens gesprochen werden. Einem Konsens unter den PolitikerInnen, demzufolge es legitim ist, rassistische Sondergesetze zu erlassen und Menschen mithilfe dieser völlig zu entrechten, sie einzusperren und letztendlich wegzuschieben. Und sie stützen sich auf die erhobene Meinung der Bevölkerung. Führen aus, was „das Volk" verlangt. Umfragen von Anfang 2005 zufolge wünscht sich die Mehrheit der Mehrheitsbevölkerung eine Verschärfung der rassistischen Sondergesetze für AusländerInnen. Justament zu jenem Zeitpunkt, zu dem nach Verstößen gegen die Verfassung das Asylgesetz „repariert" werden muss, mit zahlreichen Verschärfungen, die über die Bedenken des VfGH weit hinausgehen, werden die Zahlen präsentiert. Wird in der Koalition gestritten, wird ein „Sicherheitsgipfel" einberufen, folgt eine Horrormeldung in den Mainstreammedien der nächsten.

Für AsylwerberInnen bedeutet dies konkret: Mehr Schubhaft. Keine zeitliche Begrenzung der Internierung(1). Keine Rechtsmittel. Der Körper gerät ins Schussfeld: Wagt eineR, mit Hungerstreik gegen diese Entrechtung zu protestieren, auf sich aufmerksam zu machen –und es sind Tausende, die jährlich diese oft letzten Möglichkeit ergreifen – drohen weitere Zwangsmaßnahmen. Bisher üblich waren Einzelhaft und diverse Verbote. Nun wird über weitere Zwangsmaßnahmen nachgedacht. Das Recht über den eigenen Körper zu bestimmen zählt nicht, wenn es darum geht, einen Körper der Deportationsmaschinerie zuzuführen. Obwohl die Gefahren von Zwangsernährung bekannt sind, werden sie in Betracht gezogen. Genauso wie schon jetzt manche Hungerstreikende erst nach mehreren Wochen der Verweigerung der Nahrungsaufnahme entlassen und damit einem enormen gesundheitlichen Risiko ausgesetzt werden.
Für Menschen werden Sondergesetze erlassen. Im Namen der „Sicherheit" wird manchen selbst das Recht zu leben abgesprochen. Nach zahlreichen Toten im Zuge von Deportationen und in Polizeigewahrsam kann nicht verschwiegen werden, dass Menschenleben bewusst aufs Spiel gesetzt werden und die rassistische Ideologie hinter dieser Politik der Verfestigung von Privilegien dient. Während den BürgerInnen Privilegien in die Wiege gelegt werden und die Zugehörigkeit des Blutes mehr zählt als alles andere, bekommen andere nie die Chance, die Rechte und Privilegien der BürgerInnen zu erlangen. Während die einen die Europäische Union als „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts" empfinden bzw. präsentieren, werden für andere die Freiheit, die Sicherheit und das Recht massiv eingeschränkt.

Dabei ist die Politik der Abschottung, Kriminalisierung (auch jene der Unterstützung von Entrechteten[2]), Internierung und Deportation keine alleinige Erfindung Österreichs. Überall in Europa wird derzeit an Verschärfungen gearbeitet. Als Argument dient die Verhinderung von angeblichem „Missbrauch". Doch frage ich: Warum ist es ein Missbrauch, die Möglichkeit eines Asylantrages in Anspruch zu nehmen? Es wird ohnehin in Verfahren darüber entschieden, ob eineR Asyl erhält. Und es sind nur sehr wenige, die letztendlich in den Genuss von Asyl kommen. Weiters sollte angemerkt werden, dass schon jetzt vielen der Zugang zu diesem Verfahren verwehrt wird. Sie werden an den Grenzen zurückgewiesen oder in einem „Zulassungsverfahren zum Asylverfahren" wird in Windeseile entschieden, ob dieses wegen einer amtlich festgestellten „offen-

sichtlichen Unbegründetheit" gar nicht erst beginnen soll. Damit alles nach Plan abläuft, sollen die erst vor kurzem eröffneten und privat betriebenen Erstaufnahmestellen mehr und mehr restriktiv betrieben werden. Unbegründetes Verlassen wird mit Schubhaft geahndet. Und selbst wenn das Verlassen nicht unbegründet sein sollte, darf zukünftig der jeweilige Bezirk nicht verlassen werden.(3)

In Deutschland gibt es eine ähnliche Regelung schon lange. Und mindest genau so lange gibt es Proteste und Verstöße dagegen. So hat The Voice Refugee Forum eine „Kampagne zur Abschaffung der Residenzpflicht – den Apartheidgesetzen in Deutschland" gestartet. Denn die Residenzpflicht für Flüchtlinge verletzt das Recht eines Menschen auf Bewegungsfreiheit, sie verletzt ihr Recht auf Entfaltung ihrer Persönlichkeit, sie verletzt den Grundsatz der Gleichheit aller Menschen und sie verletzt die Menschenwürde. Die Residenzpflicht verletzt das Recht auf Schutz der Privatsphäre. Die Durchführung dieser gesetzlichen Regelung schränkt die Lebensmöglichkeit Schritt für Schritt ein und hat schwere Auswirkungen auf Psyche und Individualität jeder und jedes Betroffenen. Die Residenzpflicht ist rassistisch und diskriminierend in Wort und Tat. Ihre Missachtung wird als Straftat verfolgt und bestraft. Es ist ein „Verbrechen", das nur von AusländerInnen begangen werden kann. Die Residenzpflicht negiert jeden Gedanken von Integration. Sie stellt eine Fortsetzung der rassistischen und faschistischen Ideologie dar, die zur Wahrung der Interessen ihrer AnhängerInnen bestimmte gesellschaftliche Gruppen ausgrenzt, kriminalisiert und als „Fremdkörper" in der Gesellschaft präsentiert. Ein „Fremdkörper", der letztendlich entfernt bzw. abgeschoben werden muss.

Das Haager Festungsprogramm

Die geplanten Verschärfungen der rassistischen Gesetze ist in einem EU-weiten Kontext zu sehen. Am 5. November 2004 beschloss der Rat der Europäischen Union, der sich aus den 25 Staats- und RegierungschefInnen der Mitgliedsstaaten zusammensetzt, bei einem Gipfeltreffen in Brüssel das „Haager Programm" zur gemeinsamen Justiz- und Innenpolitik. Dadurch wurde der Masterplan für weitere Verschärfungen der Asyl- und Migrationspolitik auf EU-Ebene festgelegt.

Mehr zum EU-Masterplan gegen Migration, dem "Haager Programm" in TATblatt +215. ◆

Dieser Kommentar von no-racism.net wurde am 22. Februar 2005, dem Tag des „Sicherheitsgipfels" in Wien, für die Zeitschrift Groovy, Nr. 18/2005 geschrieben.

weiterführende Links unter:
http://no-racism.net/article/1161

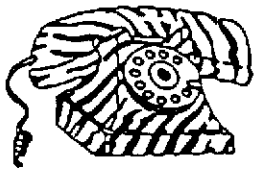
Anmerkungen:

1) Zum Zeitpunkt des Schreibens liegen mir keine konkreten Informationen vor, in Zeitungen wurde jedoch von einer Höchstdauer von zwei Jahren gesprochen, bzw. regelmäßigen Überprüfungen nach sechs Monaten Schubhaft.
2) So sollen neue Straftatbestände ins Fremdengesetz eingehen. Schon in den vergangenen Gesetzesnovellen wurden immer wieder Paragrafen eingeführt, die darauf zielen, Fluchthilfe unter Strafe zu stellen. Mit dem neu geschaffenen Bedrohungsszenario des "Asylmissbrauches" soll es hier weitere Verschärfungen geben. Des weiteren wird das bisher uneingeschränkte Recht auf rechtliche Beratung in Frage gestellt: So soll die "Beihilfe zum Asylmissbrauch" zukünftig bestraft werden und die Zustellung von Bescheiden nicht mehr an die Rechtsvertretung, sondern an die AsylwerberInnen direkt erfolgen. Siehe dazu auch den Beitrag: Die letzten Tage der Menschheit oder: So stirbt eine Demokratie.
3) Auch hier liegen noch keine konkreten Bestimmungen vor. Andiskutiert wurden eine Beschränkung der Bewegungsfreiheit auf das jeweilige Bundesland bzw. für Leute in EAZ auf den Bezirk. Unklar ist auch, ob diese Bestimmungen den Zeitraum des gesamte Asylverfahrens betreffen oder nur vorübergehend Anwendung finden sollen.

infoLADEN 10
im EKH, Wielandg. 2-4
1100 Wien (U1 Keplerpl.)
Mi+Do 16:00-20:00
Fr+Sa 16:00-22:00
http://med-user.net/infoladen10

kein mensch ist illegal

www.
no-racism.net

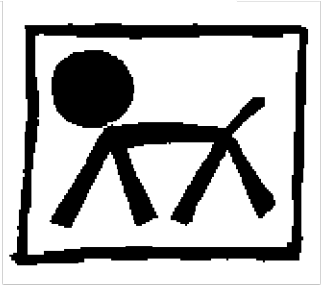


Autonome österr.
Frauennotrufe
Beratung für Frauen & Mädchen
mit sexuellen Gewalterfahrungen

Wien	01/523 22 22
Graz	0316/31 80 77
Innsbruck	0512/57 44 16
Linz	0732/60 22 00
Salzburg	0662/88 11 00

tatblatt.net

Jagd, du holde Kunst



Die letzten Monate boten wiederum einige Höhepunkte einer alten Kulturtechnik, der Jagd. Hier waren ausgewählte Menschen wieder unter Einsatz von Leib und Leben unterwegs, ihren Mitmenschen und selbstverständlich auch der Tierwelt beizubringen, was zivilisatorischer Fortschritt in Theorie und Praxis bedeutet. In zahlreichen Ländern wird an Jagdverboten gearbeitet, um diese gesellschaftliche Hochrisikogruppe zu entschärfen.

TATblatt

Das Jahr 2004 brachte reichliche Jagdbeute ein. Wayne Duckfield aus Wheatfield, Pennsylvania, bestieg seinen Hochstand. Dieser war auf den Masten einer Stromleitung errichtet. Sein Sohn hörte eine Explosion und fand ihn vollkommen verbrannt am Boden liegend.
Der Körper des 24-jährigen John Hughes aus Florence, Ohio, wurde tot 50 Meter über dem Boden kopfüber hängend gefunden. Hughes hatte sich mit einem Bogen bewaffnet auf Jagd begeben.
Charles Lipotevski erlegte waidgerecht den 35-jährigen Jäger Stamos Courpas aus Fairfax, Virginia, nachdem er ihn mit einem Vogel verwechselt hatte. Nur 15 Jahre hatte Samuel Allgyer gelebt, als ihn ein Freund aus Mill Hall, Pennsylvania, nach einem Jagdtag mit dem Gewehr niederschoß. Rekordverdächtig räumte Chai Soua Vang, ein in Wisconsin lebender gebürtiger Laote, im Revier auf. Er streckte als Folge eines Streites um einen Hochsitz gleich 6 Jäger tödlich getroffen nieder.
Am 30. Nov. erlegte ein Jäger seinen 45-jährigen Sohn bei der Hirschjagd in Chicora, Pennsylvania, weil er ihn für einen Hirsch gehalten hatte.
Bei der Neujahrsjagd 2005 im ostslowakischen Dorf Cicarovse starb ein Jäger nach vier Treffern, nachdem er von zwei Kollegen unter Feuer genommen wurde. Ein deutscher Urlauber in Namibia, der mit einem Pavian verwechselt wurde, wurde von einem Jagdaufseher erschossen.
Das Verhängnis für den 60-jährigen deutschen Hobbyjäger Harry Pilipenko aus Schwerin war, dass sein Jagdkollege ihn in herbstlicher Abenddämmerung für ein Wildschwein hielt. Mit einem tödlichen Schuss vom Hochsitz streckte er den Familienvater auf einem abgeernteten Maisfeld nieder.

> Zugegeben, in der Schweiz kommt es auch gelegentlich zu einem Unfall zwischen Waidmännern. Doch nun erreichen uns Zahlen aus Deutschland, die einem einen kalten Schauer über den Rücken jagen. Beim nächsten Spaziergang durch einen teutonischen Wald werden wir wohl äußerst vorsichtig herumtappen.
> Das schweizerische Boulevardblatt BLICK, 13.01.2005

Systematischer Mord und Totschlag

In Deutschland gibt es statistische Auswertungen, die beweisen, daß die Einzelfalltheorie eine reine Schutzbehauptung ist. Bundesweit werden jährlich um die 800 Jagdunfälle bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften gemeldet. Nach Recherchen der Initiative zur Abschaffung der Jagd kamen allein im vergangenen Jahr 32 Menschen durch Jagdwaffen ums Leben. Zudem erlegen die etwa 350.000 JägerInnen nicht nur fünf Millionen Wildtiere pro Jahr unter fadenscheinigen Begründungen, sondern knallen gewollt oder versehentlich auch nahezu 300.000 Haustiere ab. Darunter fallen Pferde, Kühe, Hunde, Katzen oder gar zwei Lamas, welche als angebliche Hirsche dran glauben mussten. Selbst ein Strauß hat seine Flucht von einem pfälzischen Bauernhof in Hochdorf-Assenheim kürzlich mit dem Tod aus einer Jägerbüchse bezahlt.

Jagdverbote

"Was würde passieren, wenn andere WaffenträgerInnen wie PolizistInnen oder Bundeswehrsoldaten eine solche Blutspur hinterlassen würden?", fragte ein Sprecher der deutschen Anti-Jagd-Initiative.
In einigen Gemeinden der USA haben die Leute genug von den schießwütigen Wahnsinnigen. Nach Little Rock und Jonesboro hat nun auch Pine Bluff, alle in Arkansas, ein Jagdverbot in den Stadtgrenzen, sowie ein Waffenverbot erlassen.
In Italien hat die Anti-Jagd-Bewegung mittlerweile eine große Gefolgschaft, weil auch dort den Menschen das Herumgeknalle auf die Nerven geht und immer wieder Personen erschossen werden. Die Kampagne "Caccia il Cacciatore" (Jagt den Jäger) hat erreicht, daß in zwei Bezir-

ken der Provinz Rom eine Verordnung für ein absolutes Jagdverbot aus Gründen der öffentlichen Sicherheit auf dem ganzen Bezirksgebiet erlassen wurde.
In Großbritannien wurde jüngst nicht, wie in den Medien dargestellt, die Fuchsjagd verboten, sondern nur das Zerfetzen des gejagten Fuchses durch die Hundemeute. Es ist weiterhin legal, Füchse zu hetzen und am Ende niederzuschießen. Trotzdem hat die Aggressivität der JägerInnen gegen JagdsaboteurInnen seit dem Gesetz an Intensität deutlich zugenommen, nachdem schon in der Vergangenheit einige gelegentlich sogar getötet wurden.

In Deutschland wächst die Front der JagdgegnerInnen. Bereits mehr als zwei Drittel der Bevölkerung fordern laut einer Emnid-Umfrage vom September 2004 die Abschaffung der Jagd. JägerInnen stellen lediglich 0,4% der Bevölkerung, die sich hinter einem Jagdgesetz aus dem Jahr 1934 verschanzen.
In der Schweiz hat sich ein schweizerisches Netzwerk zur Abschaffung der Jagd gebildet. Bei Volksabstimmungen in den Kantonen Aaargau und Solothurn stimmten vor einigen Jahren jeweils 40% für ein Jagdverbot ab. Vorbild ist die Volksinitiative aus dem Jahr 1972 im Kanton Genf. Genf ist das bekannteste Beispiel für ein Jagdverbot in Europa. Dort ist seit einer Volksabstimmung 1974 die Jagd generell ganzjährig verboten. Jeden Herbst ist bei Beginn der Jagdsaison ist zu beobachten, wie sich Scharen von Wild aus Frankreich schwimmend durch die Rhone über die Grenze flüchten.

◆

Irrer Jäger jagte Jungen (16) durch Wald
Chemnitzer Morgenpost, 06.06.2004

Infos:
www.ajs-info.de

Niederlande Weitgehendes Jagdverbot

Seit 2002 ist die Jagd weitgehend abgeschafft. 1998 wurde das Naturschutzgesetz “Flora- und Faunawet” verabschiedet, das die meisten Tierarten ganzjährig unter Schutz stellt. Wildschweine, Füchse, Marder, nahezu alle Vogelarten und auch Rehe und Hirsche dürfen nicht mehr gejagt werden.

Ziel
Das Ziel des Flora- und Faunagesetzes ist der Erhalt der Pflanzen- und Tierarten, die wild vorkommen. Ein zweites Ziel des Gesetzes ist, daß alle wild vorkommenden Pflanzen und Tiere grundsätzlich in Ruhe gelassen werden, nicht nur die seltenen Arten. Welche Pflanzen- und Tierarten geschützt werden sollen, steht im Gesetz.
Die Behörde sorgt für Lebensraum durch die Zuweisung von geschützten Naturschutzgebieten, nationale Parks und Naturmonumente oder durch die Bereitstellung von Vogelschutzzonen. In diesen Gebieten ist die Jagd meistens vollständig verboten.
Wenn Tiere Schaden verursachen, wird nicht automatisch Zustimmung gegeben, diese auch zu bekämpfen. Schäden ersetzt ein Fonds.

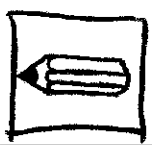
11 Tipps um die nächste Jagdsaison zu überleben

Wollen Sie den perfekten Mord begehen? Besorgen Sie sich ein Gewehr und eine Jagdgenehmigung. Erschießen Sie dann “versehentlich” Ihr Opfer, und sagen Sie einfach “Uups!”

Auszug:
* Sitzen oder schlafen Sie niemals während der Jagdsaison auf Ihrem Bett. Ein vierjähriger Junge aus Maryland wurde von der Kugel eines Jägers getroffen, als er schlafend in seinem Bett lag.
* Gehen Sie nicht in Ihren Garten. Eine Frau aus Maine, die es gewagt hatte, sich in ihren eigenen Garten hinauszubegeben, wurde von einem Jäger erschossen, der sie für einen Hirsch hielt. Das war jedoch ihr Fehler. Sie trug ein Paar weiße Fäustlinge, und - uups! - der Jäger hielt diese für den Schwanz eines Hirschs. Mit einer Frau daran. Neben einem Haus.

Weitere gute Tipps:
www.peta.de/aktionen/jagd

◆



Cross Border Leasing

Die Hoffnung stirbt zuletzt

"Die Hoffnung stirbt zuletzt", mag manchen Finanzverantwortlichen österreichischer Stadte, Gemeinden und GroßdienstleisterInnen gegenwärtig als Motto dienen. Doch immer mehr stellt sich heraus, dass das Blochsche "Prinzip Hoffnung" doch nur (nach Günther Anders) "ewige Hofferei" oder gar nur "ein anders Wort für Feigheit" ist. Das Cross-Border-Leasing jedenfalls, jene Wunderwaffe der kommunalen Haushaltsfinanzierung, wird zukünftig als eine Art kommunaler Dauerbedrohung für Spannung sorgen. Im Falle der Innsbrucker Kanalisation möglicherweise für die nächsten 250 Jahre...

TATblatt

Im Jahr 1755 passierte nicht wirklich allzu viel, dem die Geschichtsschreibung besondere Bedeutung zumisst. Marie Antoinette erblickte das Licht der Welt, um später mit dem Verweis auf die Genussfähigkeit von Kuchen nicht nur der Welt ihre eigene Blödheit zu beweisen, sondern auch zum Ausbruch der französischen Revolution beizutragen. Aber das ahnte im Jahr 1755 gewiss noch kein Mensch... Und auch die Eltern Samuel Hahnemanns ahnten aus Anlass der Geburt ihres Sohnes 1755 wohl kaum, dass dieser einmal die Homöopathie begründen würde.
Ein Ereignis des Jahres 1755 fand kürzlich auf eher unerfreuliche und zufällige Art und Weise seinen Weg in das öffentliche Bewusstsein: Am 1. November 1755 zerstörte ein Erdbeben samt darauffolgenden Tsunami die portugiesische Hauptstadt Lissabon. Ca. 30.000 Menschen fanden den Tod. Die Jahreszahl war wohl das Geringste, was an dieser Meldung interessierte. Was also könnte interessant sein am Jahr 1755. 200 Jahre vor Abschluss des Staatsvertrages? 190 Jahre, ehe ein unseliger Typ namens Wolfgang Schüssel geboren wurde? Das allerletzte Jahr vor Wolfgang Amadeus Mozart?

Die Antwort mutet seltsam an: Hätte die Stadt Innsbruck den Cross-Border-Leasing-Vertrag betreffend das Kanalnetz im Jahr 1755 abgeschlossen, so würde die Verfügungsgewalt über die Kanalisation heuer wieder an die Stadt Innsbruck zurückfallen. Eine unterirdische Kanalisation, die diesen Namen auch verdient, gibt es in Innsbruck jedoch erst seit 1903...

Doch nun bringt vielleicht eine US-Kavallerie namens Steuerbehörde IRS den InnsbruckerInnen quasi die Verfügungsgewalt über den Weg der eigenen Scheiße (ungewollt) wieder. Sie hatte bereits mehrfach Cross-Border-Leasings (von nun an CBL´s) als Missbrauch der Steuergesetzgebung gebrandmarkt. Nachdem im Jahr 2004 RepräsentantInnenhaus und Senat neuen CBLs einen gesetzlichen Riegel vorgeschoben hatten, kann sich die Steuerbehörde nun auf die Prüfung der Altverträge (in die durch Gesetzesänderungen nicht eingegriffen werden kann) konzentrieren. Und das birgt Einiges an Gefahren für die VertragspartnerInnen, die nur all zu schnell an die Kommunen weitergereicht werden könnten.

Kommt nämlich die Steuerbehörde zum Schluss, dass der CBL-Vertrag ein reines Umgehungsgeschäft zur Lukrierung von Steuergutschriften ohne unmittelbar wertschöpfenden Charakter darstellt, dann ist es vorbei mit den Steuervorteilen. Zu Unrecht genossene Erleichterungen wären quasi "zurückzuschreiben" (in der Praxis: es müsste in Zukunft mehr Steuer bezahlt werden). Eine Gefahr, vor der sich die VertragsnehmerInnen unisono nicht fürchten wollen. "Das Risiko trägt der Investor allein. Die Finanzrechnung der Kommune bleibt hiervon völlig unberührt", meint ein Finanzexperte der auf CBL in Europa spezialisierten EastMerchant. Und der Wiener SPÖ-Gemeinderatsabgeordnete Friedrich Strobl sieht "sämtliche Risiken - auch die einer Steuerrechtsänderung in den USA " von ominösen "amerikanischen Vertragspartnern" getragen.

> Zitat 1: Hätte die Stadt Innsbruck den Cross-Border-Leasing-Vertrag im Jahr 1755 abgeschlossen, so würde die Verfügungsgewalt über die Kanalisation heuer wieder an die Stadt Innsbruck zurückfallen. Eine unterirdische Kanalisation gibt es in Innsbruck jedoch erst seit 1903.

Der einzige Weg, den Gestank ohne Zustimmung der InvestorInnen zu beseitigen wäre, die notwendigen Baumaßnahmen gesetzlich vorzuschreiben.. Dann aber wäre sie von allen KanalbetreiberInnen einzuhalten, was unvorhersehbare Kosten zur Folge hätte. Da tun sich ganz erstaunliche Koalitionsmöglichkeiten zwischen UmweltschützerInnen und US-InvestorInnen auf ...

Ein wenig realistischer sieht das der Vorstand der ebenfalls auf CBL spezialisierten Finanzgruppe Macquarrie: "Wenn sich die österreichischen Partner genau an die Verträge halten, kann nichts passieren." Und da liegt der Hund im Detail: Die Verträge sehen nicht allein finanztechnische Erfordernisse vor, sondern auch Informations- und Bestandsrechte. In der Praxis bedeutet jede gesellschaftsrechtliche Veränderung bzw. jede bauliche oder technische Veränderung des physischen Vertragsgegenstands eine zustimmungspflichtige Änderung des Vertrags. Bisher kein Problem, solange die Steuer-Dollars rollten. Wenn aber die US-Finanz das Finanzjonglieren auf dem Rücken der US-SteuerzahlerInnen beendet, werden die guten US-amerikanischen Onkels Wege suchen, aus der für sie nicht mehr vorteilhaften, sondern extrem nachteiligen – den vereinbarten "Gewinn" hatten sie schon zu Vertragsbeginn abgeliefert, müssen diesen nun aber an die Finanz zurückzahlen, ohne ihn vom/von der VertragspartnerIn zurückfordern zu können – Konstruktion auszusteigen.

Einen kleinen Vorgeschmack gibt es bereits: Bei der euphemistisch Neugliederung benannten Zerschlagung der Postbus-Gesellschaft wurden diese in zwei Gesellschaften aufgeteilt. Dieser Veränderung müssten, nachdem die Postautobusse 1998 Gegenstand eines CBL geworden waren, der US-amerikanische Vertragspartner zustimmen. Doch da er nicht gefragt worden war, hat er der gesellschaftsrechtlichen Veränderung auch nicht zugestimmt. Ist der reiche Onkel (vulgo Investor) aus Amerika nun ganz, ganz böse, müssten für die Postbusse bereits lukrierte (und längst verbratene) EUR 500.000 zurückbezahlt werden. Da eröffnen sich plötzlich ganz erstaunliche Koalitionsmöglichkeiten zwischen US-Investor und Postbus-Betriebsrat, der die Postbus-Zerschlagung vehement bekämpft...

Aber selbst unter der Annahme, dass sich österreichische Gebietskörperschaften zukünftig aller Umstrukturierungsspielchen enthalten, ist noch genug Basis für etwaige Vertragsverletzungen da: Die verleasten Einrichtungen wurden den Gegebenheiten des Vertragserrichtungszeitpunktes entsprechend verleast. Bauliche Veränderungen sind formal zustimmungspflichtig. Formal, so lange auch der Investor profitiert; ganz faktisch möglicherweise, wenn er aus dem Vertrag aussteigen möchte. Zwar wurden gesetzliche Veränderungen von der Zustimmungspflicht ausgenommen, aber die nicht unmittelbar von CBL-Konstruktionen betroffenen Gebietskörperschaften werden sich zu bedanken wissen, wenn sie per Gesetz zu bestimmten Umbauten und Neuinvestitionen verpflichtet würden, nur weil etwa die AnrainerInnen eines Sammelkanals in Innsbruck auf Grund bestimmter topographischer Merkmale bei Inversionswetterlage mit einem unerträglichen Gestank konfrontiert sind. Der einzige Weg, den

Wenn TirolerInnen böse werden...

Energiepolitik, Cross-Border-Leasing, Kritik am politischen Establishment Tirols ... all das ist Gegenstand eines Verfahrens, das die Tiroler Wasserkraft AG (TIWAG) gegen eine Gruppe von KritikerInnen führt. Letztere hatten unter der Internet-Adresse www.dietiwag.at zum Teil sehr fundierte Kritik an der Energiepolitik der TIWAG formuliert und Details aus CBL-Verträgen veröffentlicht. Die "echte" TIWAG reagierte mit Klagen gegen den Domain-Inhaber sowie gegen den Provider und Entzug der Domain. Die genannten Inhalte erscheinen nunmehr unter der Adresse www.dietiwag.org, auf die von Österreich aus kein juristischer Zugriff besteht. Es ist die einzige uns bekannte Seite, auf der CBL-Verträge veröffentlicht werden.

Einmal abgesehen davon, dass die Einschaltung von Gerichten und der Domain-Entzug klarstellen, dass die TIWAG einen Krieg gegen KritikerInnen mit sehr ungleichen Mitteln führt, gibt es zu den Anti-TIWAG-AktivistInnen doch noch einiges zu sagen: Sie mischen fundierte, berechtigte und auch notwendige Kritik in sehr populistischer Weise mit Chauvinismus, Nationalismus, Antisemitismus, AusländerInnenfeindlichkeit, Anti-Amerikanismus und einer gehörigen Portion Sexismus.

So finden sich auf den Seiten empörte Aufrufe zum Widerstand gegen US-AmerikanerInnen, die sich "tirolerisch-österreichischen" Besitz unter ihren Nagel reißen wollen. Bankiers heißen auf der Witzseite grundsätzlich Salomon und ergriffen ihren Beruf nur, weil ihnen ihre Eltern als Kinder Räubersgeschichten vorgelesen haben. Frauen werden – egal ob Sekretärin, Studentin oder Krankenschwester – als dumm dargestellt, vor allem aber als stets bereit, sich zu prostituieren. Letzteres unterscheidet das Frauenbild der Seite www.dietiwag.org jedoch vom darin gezeichneten Bild von Menschen ohne österreichische Staatsbürger-Innenschaft. Die sind nur dumm. ◆

Mit Cross-Border-Leasing-Verträgen werden aus der unterschiedlichen Gesetzgebung verschiedener Länder resultierende Steuervorteile zum Kohlemachen genutzt. Das System basiert auf der Tatsache, dass in vielen Bundesstaaten der USA Investitionen steuerlich bevorzugt behandelt werden. Für große Unternehmen (mit hohen Gewinnen) macht es daher Sinn, sich künstliche Verlustträger zu schaffen, um auf diese Weise weniger Steuer zu bezahlen.

In der Praxis werden Großanlagen (etwa ganze Eisenbahnfuhrparks, Elektrizitätswerke o.ä.) an ein US-Unternehmen langfristig verleast und vom (früheren) Eigentümer sofort wieder zurückgeleast. Das US-Unternehmen kann nun die Leasingraten als Betriebsausgaben von der Steuer absetzen und die "Investition" steuerreduzierend verbuchen. Die ehemaligen EigentümerInnen können ebenso Leasingraten als Betriebsausgaben absetzen und erhalten einen Teil des Gewinns aus der Steuerreduktion nach US-Recht als "Barwertvorteil" (üblicherweise 5 oder 6% des Gesamtwerts; InvestorInnen können in etwa das Doppelte für sich herausholen). Für das Verleasen von 400 km Kanalnetz im Wert von ca. EUR 600 Mio. bekam die Stadt Wien EUR 36 Mio. "Barwertvorteil" aufs Handerl.

"Coole Sache", dachten sich finanziell unter Druck befindliche Gebietskörperschaften (und chronisch defizitäre Unternehmen wie Post und Bahn) rund um den Globus. Aus dem Nichts Geld zu machen ist genaugenommen seit dem Rumpelstilzchen keinem mehr geglückt. Gegenstand von CBLs sind neben der Wiener Straßenbahn, der U-Bahn und der Kanalisation auch das "rollende Material" und die Verschubbahnhöfe der ÖBB oder verschiedene Postsortierzentren der Post. Dazu kommen noch das burgenländische Strom- und Gasnetz, große Teile des oberösterreichischen Strom- und Gasnetzes, alle Kraftwerke an der Donau und zahlreiche Tiroler Kraftwerkanlagen. Österreich zählt übrigens – neben Frankreich und Belgien - zu den europäischen VorreiterInnen des CBL.

Nicht zuletzt angesichts hoher Kriegskosten und der üblichen "klassisch-ökonomischen" Defizitsexplosionen in den USA versucht der Bundesstaat, zurückzurudern: 1998 wurden offensichtliche Umgehungsgeschäfte, bei denen "US-Eigentum" nie auch nur in die Nähe des steuerzuständigen Staates gekommen war, unterbunden. Nun wurden auch die letzten Schlupflöcher geschlossen und so genannte "lease in-lease out"-Konstruktionen verunmöglicht. Für die Zukunft...

Volkswirtschaftlich betrachtet machen CBLs keinen Sinn: Weder schaffen sie neue Werte noch erhöhen sie die Standortattraktivität der jeweiligen Staaten. Und selbst neoliberale Vorbeter räumen ein, dass CBLs Unternehmen nicht zu neuen (aus den CBL-Gewinnen möglich gewordene) Investitionen inspiriert. Im Gegenteil, die Investitionen werden reduziert. Wozu auch in Sachgüter investieren, wenn auch so ohne viel Arbeit locker Geld gemacht werden kann?

Die doppelte steuerliche Geltendmachung von Abschreibeposten ist juristisch auf Dauer unhaltbar. Ungeklärt ist außerdem, wem die – physischen – Gegenstände von CBLs wirklich gehören. Nach US-Recht den US-Unternehmen, nach österreichischer Sicht jedoch den Nutzenden. Gerichtsstand etwaiger Verfahren ist jedenfalls in der Regel New York, und dort werden sich die Gerichte wohl kaum einer dem US-Recht widersprechenden, österreichischen Rechtsansicht anschließen.
In besonderem Maße bedenklich ist auch der Verlust an Transparenz der Finanzgebarung der Gebietskörperschaften. Die Verträge liegen lediglich auf englisch vor und werden nicht übersetzt, in vielen Fällen oft nicht einmal gewählten MandatarInnen zugänglich gemacht. Diskretion ist eben Teil des Geschäfts.
Das hat aber auch zur Folge, dass etwaige Erlöse nicht in den Haushalt der Gebietskörperschaft fließen, sondern – üblicherweise unversteuert – einfach Kredithaftungen abdecken. Mit dem daraus resultierenden Gewinn wird also nicht etwa öffentliche Infrastruktur ausgebaut, sondern der Schuldendienst reduziert. In Zeiten, in denen ideologisch ein guter Tag ausschließlich mit sanierten Budgets beginnen kann, werden reduzierte Schuldendienste jedoch nicht 1:1 in höhere verfügbare Budgets umgesetzt. In der Praxis dient das CBL sogar noch, den Budgetsanierungswahn zu verstärken (und zu verschleiern).

Zahlen dürfen die Trickserei SteuerzahlerInnen hier (über die Abschreibung fiktiver Betriebskosten) wie in den USA. Kein Grund übrigens für die neuerdings so globalisierungskritische SPÖ, es nicht zu tun: Die Stadt Wien zählt zu den aktivsten CBL-PartnerInnen der Welt. Post und Bahn griffen noch unter Klima in die US-Steuertöpfe...

Gestank ohne Zustimmung der InvestorInnen zu beseitigen, wäre es, die bau- und umweltrechtlichen Bestimmungen so zu verändern, dass die zur Gestanksverhinderung in irgendeiner hintersten Innsbrucker Sackgasse notwendige Maßnahme als "gesetzlich vorgesehene Maßnahme" angesehen werden kann. Dann aber wäre sie von allen KanalbetreiberInnen einzuhalten, was unvorhersehbare Kosten zur Folge hätte (da machen sich jetzt plötzlich ganz erstaunliche Koalitionsmöglichkeiten zwischen UmweltschützerInnen und US-InvestorInnen auf).

Kurz: Faktisch sitzen die InvestorInnen letztlich auf dem längeren Ast. Und österreichische KommunalpolitikerInnen haben sich sehenden Auges auf diese Finanztricksereien eingelassen. Vor allem – übrigens – SPÖ-dominierte Körperschaften und Betriebe: Wien, Linz, Burgenland, Post, Telekom...
Die selbe Partei, die heute – zu Recht – die Gruppenbesteuerung der letzten Steuerreform als katastrophale Form der legalen Steuerhinterziehung kritisiert, hatte bisher keine Bedenken, legale Steuerhinterziehung auf Kosten US-amerikanischer (und über Umwege auch österreichischer) SteuerzahlerInnen als geniales Wirtschaften zu bejubeln.

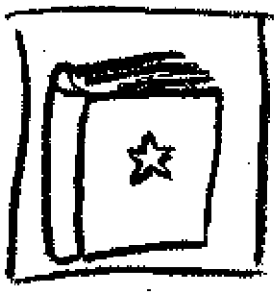
Der ökonomisch wie moralisch einzig vertretbare Weg – nämlich die Rückabwicklung der Verträge, noch ehe mensch (oder besser: Gebietskörperschaft) auf Grund von Entscheidungen der US-Steuerbehörde unter enormen Druck gerät – wird in Wien (wie auch überall anderswo in Österreich) für falsch gehalten. Die zuständigen BeamtInnen der Gemeinde Wien lt. Standard: "Wir haben nichts Negatives aus den USA gehört, die Deals sind ungefährdet, wir erfüllen unsere Vertragspflichten." Das ist es, was WirtschaftswissenschafterInnen unter innovativem und vorausschauendem Finanzmanagement verstehen...

◆

CBL: Böse US-KapitalistInnen – gute österreichische Wirtschaft?

Cross-Border-Leasings bieten allen Stoff, aus dem Mythen gemacht werden: Ein unbekannter, reicher Investor aus Amerika, veräußerter heimischer Besitz, undurchsichtige PolitikerInnenmachenschaften, drohende Gefahr...
Ein anonymes Posting auf der Internetseite www.dietiwag.org bringt es – stellvertretend für unzählige ähnliche – auf den Punkt: "wenn durch diesen kriminellen Deal - CBL - in Amerika weniger Geld in die Rüstung fließt, dann beißen mich die Köter. Ich glaube vielmehr, daß bei diesen Geschäften - CBL - das amerikanische Militär, oder CIA dahinterstecken, um die Energieversorgung des Landes Tirol - Österreichs - und einen Teil Europas kontrollieren zu können. Da man Europa nicht unbedingt als Schurkenstaat bezeichnen kann, ist CBL als a friendly takeover zu bezeichnen. Im Falle politscher Unstabilität in Europa ist die Energiekontrolle wie z.B. im Irak, oder in Venezuela das Erdöl, oder in anderen Länder andere Bodenschätze wesentlich. Das sind keine Verschwörungstheorien, sondern harte US-amerikanische Realität.!!"
Sind US-amerikanische InvestorInnen tatsächlich als freundliche Onkels daherkommende KinderverzahrerInnen, die arglose, arme österreichische PolitikerInnen arglistig über den Tisch ziehen? Definitiv nicht!
Die Stadt Wien hat von sich aus in der zweiten Hälfte der Neunziger Unternehmen beauftragt, InvestorInnen für CBL´s zu finden und die Vertragsverhandlungen zu führen. Ebenso agierte die Regierung Klima, die Stadt Innsbruck oder oberösterreichische Energieversorger. Erst Ende der Neunziger gingen auf CBL spezialisierte europäische Anwaltskanzleien dazu über, von sich aus CBLs anzubieten.
Im internationalen Vergleich lächerliche Deals mit der Postbus AG oder diversen lokalen EnergieversorgerInnen kamen nur zu Stande, weil sie von den hiesigen Verantwortlichen an andere, größere Deals angehängt wurden. Für die InvestorInnen ist ein Deal, der letztlich für sie gerade einmal eine Million Dollar hereinbringt, wirtschaftlich nicht nur unbedeutend, sondern viel zu aufwendig: Es müssen dazu eigene Subunternehmen gegründet, mit Kapital und fiktiver Geschäftstätigkeit ausgestattet werden. Diese müssen dann auch über den Vertragszeitraum hinweg aufrecht erhalten werden.
Österreichische Wirtschafts- und FinanzpolitikerInnen gingen um die Risken von CBLs wissend die Verträge ein. Nicht zuletzt attac hat diese Vertragsformen eine europaweite Kampagne gewidmet. Vorteile wie Gefahren der Vertragskonstruktion – etwa die Festlegung des Gerichtsstandortes New York und die daraus resultierende Anwendung US-amerikanischen Rechts – waren bekannt und wurden öffentlich diskutiert.
Zuletzt: Es sind die USA, die nunmehr dieses Steuerschlupfloch schließen und damit den Anlass zur Rückwicklung der Verträge bieten. Wer die fehlende "heimische" Verfügungsgewalt über Anlagen der Kommunalen Versorgung betrauert, hat jetzt die Möglichkeit, mit Verweis auf ein neues US-Gesetz zurück zu rudern.
Wenn dies nicht gemacht wird, trifft nicht die bösen US-KapitalistInnen und -ImperialistInnen die schuld...

Die Kinder der Welt



TAtblatt

Das Kinderhilfswerk der UNO, die UNICEF, ist eine machtlose Organisation. Kaum Budget, im Gegensatz zur Welternährungsorganisation FAO, weil Kinder bekanntlich entbehrlich sind, Agrarchemie von Bayer, Dow Chemical oder BASF aber immer gebraucht wird. Trotzdem ist es in den letzten Jahren gelungen, zumindest formaljuristische Fortschritte zu erzielen. Die Konvention über die Rechte des Kindes wurde von allen Staaten der Erde unterzeichnet und lediglich von zwei Staaten, den USA und Somalia, nicht ratifiziert (d.h. in nationales Recht übernommen). Sie ist damit die erfolgreichste Konvention in der Geschichte. Andererseits bestimmt sie ohnehin nur Grundlegendes wie das Verbot, Kinder als SoldatInneen zu rekrutieren, oder das Verbot von Kinderhandel und Kinderprostitution. Schutz vor Mißbrauch, Recht auf Förderung und Bildung und allgemeine Menschenrechte sind ebenfalls Teil der Konvention. Allein, daß es dafür eine Konvention braucht, ist schon ein Armutszeugnis.
Unabhängig von gesetzlichen Verbesserungen verschlechtern sich die Bedingungen von Kindern laufend und erreichen einen bisher nie da gewesenen Zustand. Von weltweit 2 Milliarden Kindern lebt die Hälfte in Armut. Während also faktisch die meisten Länder die Konvention ignorieren, da sie sonst ihre grundlegende Politik ändern müßten, war sie insofern ein Meilenstein, als nun auch der Verstoß gegen einige Bestimmungen der Konvention als Kriegsverbrechen verfolgt werden kann. Seit 1998 ist zeitgleich mit der Gründung des Internationalen Strafgerichtshofes die Rekrutierung von Kindern unter 15 Jahren ein Kriegsverbrechen geworden, was 2004 zur ersten Anklage gegen Beteiligte des Bürgerkriegs in Sierra Leone führte.
Der Bericht widmet sich ausführlich den spezifischen Auswirkungen auf Mädchen, insbesondere den krassesten Formen wie Rekrutierung als Kindersoldatinnen, Vergewaltigungen als Kriegsstrategie und der Fortschreibung von Frauenarmut als Armut von Kindern. Während ZivilistInnen im Schnitt 80% der Opfer von bewaffneten Konflikten stellen und diese in überwältigender Mehrheit Frauen und Kinder sind, wurden in Afghanistan 2002 von allen UNO-Programmen 0,07% der 1,7 Mrd. US$ für Wiederaufbauhilfe für frauenspezifische Projekte eingesetzt.
Kritisch geht die UNICEF mit den verhängten Sanktionen gegen einzelne Länder um. Demnach waren die Opfer der Sanktionen gegen den Irak, Haiti und Jugoslawien primär Kinder, Arme und ältere Menschen. In Haiti verdoppelte sich nach den Sanktionen die Zahl der mangelernährten Kinder unter 5 Jahren, die Zahl der Kinder mit Schulbesuch ging von 83% auf 57% zurück, die Zahl der Straßenkinder verdoppelte sich. Seit 2000 müssen alle Sanktionen der UNO vor Beschluß auf ihre Auswirkungen auf Kinder geprüft werden.

Große Teile des Berichts sind statistische Materialien, die ansprechend aufbereitet und gut lesbar sind. Untersuchen wir beispielweise die Situation in Österreich, dann kommen wir zu folgendem Schluß: Zwischen 1990 und 2000 hat sich die Anzahl der Kinder in Armut von 4,8% auf 10,2% erhöht und damit wurden die Niederlande, Deutschland, Belgien, Ungarn und Luxemburg überholt. Die Tendenz ist in fast allen Industrieländern steigend.
Während die Einschulungsrate mit 100% in Westeuropa eigentlich erwartet werden kann und auch erfüllt wird (Belgien, Finnland, Frankreich, Schweiz usw.), liegt sie in Österreich bei 91%. Schlechter sind, mit Ausnahme Deutschlands, nur die osteuropäischen Länder: Slowakei 87%, Tschechien 88%., Ungarn liegt gleich auf mit 91%. In Osteuropa ist bekannt, daß es sich als Ursache dafür um gezielte Diskriminierung von Roma handelt.
Außerdem erreichen in Österreich nur 94% der SchulanfängerInnen die 5. Schulstufe, das ist schlechter als Ungarn mit 98%. Vorsorglich wird die Alphabetisierungsrate in Österreich statistisch erst gar nicht erhoben.
Die spezifisch ökonomisch schlechten Bedingungen für Frauen und Kinder in Österreich lassen sich im Vergleich zu anderen europäischen Ländern leicht ausmachen: Die Strategie heißt Geburtenverweigerung. In Österreich werden Verhütungsmittel unterdurchnittlich verwendet, die Geburtenrate ist trotzdem im absolut untersten Bereich. Österreich diskriminiert Kinder und Frauen stärker als andere Industrieländer und wird in Folge mit Vergreisung bestraft.

Trotz aller vorsichtigen Formulierungen, die eine hochoffizielle Organisation wie die UNICEF machen muß, um nicht den nationalen Regierungen zu sehr auf den Schlips zu treten, sind die Aussagen des Berichts aufschlußreich genug und benennen die Notwendigkeiten und Strategien überraschend deutlich, wenn sie mit dem verschleiernden Worthülsen von Weltbank, FAO oder UNDP (Entwicklungsprogramm) verglichen werden. Beispiel Gesundheitsversorgung für Mütter: Ziel ist die Reduzierung der Todesfälle durch Schwangerschaft um ein Viertel, nur 17% der Länder halten sich an den Plan. Oder Senkung der Kindersterblichkeit: Ziel ist Reduzierung der Sterbefälle von Kindern unter 5 Jahren um zwei Drittel. 98 Länder werden das nicht schaffen, wenn sie weiterhin nichts tun, in Rußland, dem südlichen Afrika und im Irak ist die Tendenz sogar gegenläufig.

Laut der UNICEF liegt der Schlüssel zur Bekämpfung der Kinderarmut in der Unterstützung von Projekten vor Ort, die geschlechtsspezifische Diskriminierung beseitigen, da Kinderarmut das unmittelbare Ergebnis von ökonomischer Unsicherheit von Frauen ist.

◆

unicef
Zur Situation der Kinder in der Welt
2005
Fischer Taschenbuch Verlag
Frankfurt am Main 2005
271 Seiten
10,20 Euro

Termin ein Kürze

13. April 2005, im Que(e)r Beisl im EKH: Vortrag von Ingrid Strobl: Jüdische Frauen im Widerstand

Jüdische Frauen beteiligten sich an allen Formen des Widerstands im deutsch-besetzten Europa. Sie organisierten Widerstandsgruppen, führten Anschläge gegen SS und Gestapo durch, retteten jüdische Kinder und Jugendliche und fungierten als Kurierinnen und Verbindungsfrauen für einzelne Gruppen und ganze Regionen. Ohne sie wären weder der bewaffnete noch der humanitäre Widerstand realisierbar gewesen.
Die Autorin Ingrid Strobl stellt im Vortrag die vielen verschiedenen Arten von Widerstand dar, die jüdische Frauen leisteten, aber auch, wer diese Frauen waren, was sie motivierte und was sie bei dieser lebensgefährlichen Arbeit empfanden.

27. April 2005 im EKH: fiber goes Que(e)r-Beisl

Es lassen sich viele Gründe in den Feldern der Popkultur finden, die einen wütend machen. Sei es heterosexistische Dominanz und diskriminierend stereotype Darstellungen in Musikvideos, die Unterrepräsentanz von Frauen im Musik-Business, sexistische Texte usw. Es gibt aber auch einige Beispiele, die mutig und/oder wütend Selbstermächtigung praktizieren und inszenieren, Faninnen und Fans inspirieren, alternative Darstellungen entwerfen, subversiv mit Klischees spielen, dem Zorn über die Verhältnisse Ausdruck verleihen usw.
Im Rahmen des aktuellen Schwerpunkts von fiber. werkstoff für feminismus und popkultur "wut, zorn, aggression in der popkultur" wollen wir in einer Diskussionsrunde Interessierte einladen ihre persönlichen Hassobjekte oder wutige Quellen der Inspiration mitzubringen (Videos, Filmausschnitte, Songs, Texte ...) und gemeinsam über die aufrüttelnden Momente des Zorns zu reden, die uns in Phänomenen der Popkultur begegnen. Was macht uns in den Feldern des Pop wütend, wo finden wir Ausdruck von Zorn, der uns taugt bzw. motiviert? Bring your own poppiges Wut-Ding!

Weitere Infos:
http://fibrig.net
http://raw.at

Das andere Afrika: Widerstand gegen Krieg, Korruption und Unterdrückung

Zumeist geraten die Ereignisse in Afrika nur ins Blickfeld, wenn über Kriege, Flüchtlinge oder Hungerkatastrophen berichtet wird. Nur selten, wie bei der Verleihung des Friedensnobelpreises an die Kenianerin Wangari Maathai, wird ein anderes Bild gezeigt: Frauen und Männer, die trotz Gewalt, Diktatur, Korruption sowie Raubbau an den Naturschätzen nicht resignieren. Sie kämpfen für ihre Zukunft und fordern ein Ende der Herrschaftsgewalt und der Kultur der Straflosigkeit gegenüber den Herrschenden. Sie wenden sich gegen die massive Unterstützung der Despoten durch die Industrieländer. Die Menschen organisieren sich mitten im Krieg oder Bürgerkrieg. Als Gruppen versuchen sie, die Presse- und Meinungsfreiheit sowie die Menschenrechte durchzusetzen. Sie organisieren praktische Abrüstungsmaßnahmen und engagieren sich für eine friedliche Veränderung der Gesellschaft.
Der angolanische Kriegsdienstverweigerer Emanuel Matondo wird über solche Ansätze und Aktivitäten berichten. Er wird deutlich machen, welche Rolle die Industrieländer im reichen Kontinent Afrika spielen. Er wird auf die Situation von Menschen aufmerksam machen, die aufgrund der Repressionen im Herkunftsland nach Europa fliehen müssen.

Vortrag & Diskussion mit Emanuel Matondo:
Mi, 20. April 2005 um 19:00 Uhr in der Robert-Jungk Bibliothek für Zukunftsfragen, Robert-Jungk Platz 1, Salzburg.
Do, 21. April 2005 um 19:00 Uhr im Amerlinghaus, Stiftgasse 8, 1070 Wien (Buffet der Black Butterfly Kitchen)

Weitere Informationen:
www.connection-ev.de/Afrika

Fr, 22. April @ EKH: Soliparty für Abolishing the Borders From Below im EKH

20:00 Infoladen 10 Kino: "borderline south-east-europe" (grenzfall südosteuropa), “eine knapp einstündige doku über grenzen, eu-osterweiterung, roma - aus der perspektive der menschen, denen wir auf unserer reise begegnet sind." (AK Kraak, 60 min dt/engl)
21:00 Präsentation der Zeitschrift Abolishing the Borders from Below
22:00 live: sangre de cristo (stop and go core, sk), adacta (crust, sk), nie geprobt (all grrrl punk rock)

Links:
http://abb.hardcore.lt
http://no-racism.net

Seit einigen Jahren wird in verschiedenen europäischen Städten der traditionelle ArbeiterInnenkampftag 1. Mai mit neuen Formen und Inhalten gefüllt. "Euro-Mayday" nennt sich eine europaweite Kampagne, deren inhaltliche Klammer die gegenwärtige Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse ist. Die "Mayday"-Aktivitäten setzen sich mit bunten, lauten und kreativen Formen von den traditionellen 1.Mai-Demonstrationen ab.

1. Mai 2005 in Wien: Treffpunkt 14:00 Uhr, Mexikoplatz (1020, U1 Vorgartenstraße)

http://www.euromayday.at
http://www.euromayday.org

... und nicht vergessen: TATblatt lesen und abonieren!

Wo und wie ihr das TATblatt bekommt, steht wie immer auf der letzte Seite!

Postentgelt bar bezahlt
Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt 1100
DVR-Nr.: 0558371

Achtung AbonnentInnen!

Die im Adresspickerl unterhalb deines Namens in doppelter Klammer angegebene Nummer ist die des des letzten TATblatts, das du im Rahmen deines Abos zugeschickt bekommst, wenn du nicht rechtzeitig verlängerst. Bei Fehlern oder Unklarheiten schreibe uns bitte!

Abo

Preise innerhalb Österreichs:
10 Nummern Abo: 13 Euro
20 Nummern Abo: 25 Euro
20 Nummern Förderabo: 60 Euro
20 Nummern Institutionenabo: 60 Euro
Preise außerhalb Österreichs:
10 Nummern Abo: 20 Euro
Bestellungen einfach durch Einzahlung des Abopreises auf das Konto P.S.K. 75 47 212
(Empfängerin: U.I.I., Verwendungszweck TATblatt-Abo, Name und Adresse nicht vergessen)

Verkaufsstellen

Wien 1: BH Winter (Landesgerichtsstr. 20), Zentralbuchhandlung (Schulerstr. 1) **Wien 6**: Rave Up (Hofmühlg. 1) **Wien 7**: Südwind (Mariahilferstr. 8) **Wien 9**: Buchwelt (Schwarzspanierstr. 15), Anarchistische Buchhandlung (Hahng. 15) **Wien 10**: Infoladen 10 (Wielandg. 2-4) **Graz**: ÖH-Gewi (Schuberstr. 6a/1), Infoladen Bewegungsmelder (Jakominstr. 32) **Wels**: KV Infoladen (Spitalhof 3) **Linz**: Infoladen Treibsand (Rudolfstr. 17)

Impressum

Medieninhaberin, Herausgeberin: Unabhängige Initative Informationsvielfalt, 1100 Wien, Wielandg. 2-4/414
Tel./Fax.: (01) 641 03 17
e-mail: tatblatt@blackbox.net
Redaktion: ebd.
Druck und Vertrieb: Infrastruktur, 1100 Wien, Wielandg. 2-4/414
Tel./Fax.: (01) 641 03 17
Konto P.S.K. 92 037 311

Redaktionelles

Redaktionelle Beiträge sind als solche gekennzeichnet. LeserInnenbriefe, nicht als redaktionell gekennzeichnete Beiträge sowie Texte im "TATblatt-Originaltextservice" geben nicht die Meinung der Redaktion, sondern der VerfasserIn wieder.

Dem Ehrenkodex des Österreichischen Presserates verpflichtet

VAZ
Mitglied des Verbandes alternativer Zeitungen und Zeitschriften

Bundesweites Treffen von at.Indymedia

8. bis 10. April 2005
Wien

Vor nicht ganz einem Jahr wurde at.indymedia.org vom Netz genommen. Ein Neustartprozess wurde eingeleitet und im August 2004 konnte die Internetseite wieder geöffnet werden. In den letzten Monaten ist viel passiert rund im Indymedia. Strukturen wurden verbessert, neue Aufgaben enstanden, Indyradio wurde eingestellt, bekannte Probleme suchen weiter nach Lösungsansätzen und weiterentwickelte Software schafft neue Möglichkeiten. Doch: Das Problem mit der Moderation der Seite, das zum Neustart führte, ist noch immer nicht zufriedenstellend gelöst - ein mehr an aktiver Beteiligung ist gewünscht. Es ist an der Zeit, all dies zu resumieren und Entscheidungen über die Zukunft des Projekts zu treffen. Jede und jeder ist herzlich eingeladen, vorbeizuschauen und teilzunehmen. Indymedia braucht Beteiligung, Ideen und Vielfalt.

Be Indymedia!

8. bis 10. April 2005 - Wien
Amerlinghaus (Stiftgasse 8, 1070 Wien)
Ernst Kirchweger Haus (Wielandgasse 2-4, 1100 Wien)

Beginn: Freitag 8. April, 18:00 Uhr im EKH
Genaues Programm wird vorort festgelegt

http://at.indymedia.org austria@indymedia.org